

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 88. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 28. Juni 2012, 15.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

Seiten

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen

1 - 35

Herr MinDir Hubert Steinkemper
gemäß Beweisbeschluss 17-248

* Hinweis:
Der Zeuge Hubert Steinkemper hat keine Korrekturen vorgenommen.

(Beginn: 15:40 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen mit unserer öffentlichen Sitzung beginnen.

Ich hatte dem Vertreter des ZDF zugesagt, ein paar Auftaktbilder machen zu können, wenn wir alle im Saal sitzen. Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie bei uns waren.

Lieber Herr Steinkemper, ich begrüße Sie herzlich in unserer Runde. Nachdem das ZDF nun seine Auftaktbilder gemacht hat, treten wir in unsere heutige Tagesordnung ein.

Ich rufe als **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr MinDir Hubert Steinkemper
gemäß Beweisbeschluss 17-248

Ich möchte den Zuschauerinnen und Zuschauern noch mitteilen, dass es nicht erlaubt ist, in Sitzungen des Deutschen Bundestages, insbesondere in den Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches mit in den Sitzungssaal zu bringen, und schon gar nicht, sie zu benutzen. Und da die Telefone heute zwar auch noch telefonieren können, aber sonst noch vielfältige andere Funktionen haben, bitte ich Sie auch, selbige während dieser Sitzung nicht zu benutzen.

Vernehmung des Zeugen
Hubert Steinkemper

Herr Steinkemper, ich begrüße Sie nun auch innerhalb der Tagesordnung sehr herzlich zu dieser Ausschusssitzung und darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufzeichnung von dieser Sitzung anfertigen werden, die allein dazu dient, das Stenografische Protokoll zu erstellen. Die Aufnahme wird nach der Genehmigung des Protokolls gelöscht werden.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-248, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor. Für Ihre Vernehmung hat das Bundesumweltministerium mit Schreiben vom 13. Juni 2012 eine Aussagegenehmigung erteilt.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Hubert Steinkemper: Keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Keine Fragen. Dann können wir mit der Vernehmung zur Person beginnen. Nach den notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie darum bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem vollständigen Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und darf Sie zugleich fragen, ob die in der Ladung verwandte Adresse noch korrekt ist.

Zeuge Hubert Steinkemper: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Mein Name ist Hubert Steinkemper. Die Ladungsadresse ist nach wie vor korrekt, und ich bin 65 Jahre alt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Steinkemper. Dann können wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zur zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untertägig und keine weiteren Standorte mehr obertägig alternativ zu erkunden, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Darüber hinaus beschäftigt sich der Ausschuss mit den Umständen, die im Jahre 1977 zur Entscheidung für den Standort Gorleben geführt haben, und aktuell insbesondere mit der Frage, inwiefern das Erkundungskonzept in den Jahren 97/98 eventuell geändert worden ist.

Wenn Sie wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Anderenfalls würden wir, die Abgeordneten, sofort mit den Fragen beginnen. Wie wollen wir verfahren?

Zeuge Hubert Steinkemper: Wenn ich die Möglichkeit habe, würde ich vielleicht kurz skizzieren, welches mein Aufgabenbereich in den fraglichen Zeiten oder insbesondere in der fraglichen Zeit in den 90er-Jahren war, welches der Aufgabenbereich anderer in diesem Zusammenhang wichtiger Personen war, wie sich diese voneinander abgrenzen und wie die Zusammenarbeit war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlich gern. Bitte schön.

Zeuge Hubert Steinkemper: Wie gesagt, in den Jahren 1994 bis 1999 war ich Unterabteilungsleiter der Unterabteilung RS I - diese Unterabteilung RS I ist zuständig für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen -, also rund fünf Jahre bis zum Frühjahr 99. Die zentralen Aufgaben dieser Unterabteilung bestehen in Folgendem:

Erstens ist die Unterabteilung federführend zuständig für das Atomgesetz und entsprechende Änderungen und Novellierungen des Atomgesetzes.

Zweitens war und ist die Unterabteilung zuständig für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, insbesondere von Kernkraftwerken. Da wir im Atomgesetz die Bundesauftragsverwaltung haben, bedeutete das, dass die Zuständigkeit für den Bereich Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen so-

wohl die Fachaufsicht, die Zweckmäßigkeitsaufsicht als auch die Rechtsaufsicht umfasste, und zwar über die Errichtung und den Betrieb einschließlich der Stilllegung, insbesondere von Kernkraftwerken.

Weitere Zuständigkeiten der Unterabteilung IG I lagen im Bereich der Sicherung, also der polizeilichen Sicherung, und natürlich darüber hinaus in der Sicherung - im Gegensatz zur kerntechnischen Sicherheit - von atomrechtlichen Anlagen und schließlich im Bereich der Fachkunde, zentral greifend, im Bereich des kerntechnischen Regelwerkes und anderer Regelwerke und schließlich, breit aufgestellt, im internationalen Bereich, Zuständigkeiten für die internationalen Beziehungen, natürlich von Einzelheiten abgesehen, für die dann die Unterabteilung RS III spezifisch zuständig war.

Dieser Bereich, so beschrieben, grenzt sich deutlich von dem Bereich der Unterabteilung RS III ab, die hier in dem fraglichen Zusammenhang insbesondere zwei Zuständigkeiten hatte und wahrscheinlich auch noch hat: Die erste Zuständigkeit ist das Recht der nuklearen Ver- und Entsorgung, getrennt und gesondert zu sehen vom Atomgesetz allgemein - da gab es diese Spezialzuständigkeit -, und dann, was den Entsorgungsbereich angeht und den hier infrage stehenden Teil, insbesondere die Zuständigkeiten für die Rechts- und Zweckmäßigkeitsaufsicht bzw., soweit es sich um bundeseigene Vorhaben handelte, auch eine unmittelbare Aufsicht über Endlagerprojekte. In dem hier infrage stehenden Punkt - Stichwort: Gorleben - handelte es sich - so weisen auch die damaligen Geschäftsverteilungspläne ausdrücklich aus - um ein sogenanntes Erkundungsbergwerk, Erkundungsprojekt - im Gegensatz zum Beispiel zum Projekt Konrad, zu dem damals ja schon ein Planfeststellungsverfahren betrieben wurde.

Also: RS III zuständig für den gesamten Rechtsbereich der Entsorgung, hier des Endlagerbereichs, und auch zuständig fachlich für diesen Bereich. Sie wissen, dass das Bundesamt für Strahlenschutz die entsprechende Betreiberbehörde, die sich eines Dritten bedienen konnte und dementsprechend auch bedient hat, war.

Daraus wird vielleicht deutlich - das wird sich dann noch näher erläutern lassen -, dass der Bereich, den ich zu vertreten hatte, eindeutig abgegrenzt war von dem Bereich der Entsorgung und der Endlagerung, sprich: dem RS-III-Bereich. Der Abteilungsleiter war

selbstverständlich für alles zuständig und hat sich dementsprechend auch, soweit erforderlich, um alle Bereiche entsprechend gekümmert und die Abteilungsleiterfunktion wahrgenommen - in dem einen Fall stärker, in dem anderen Fall weniger stark. Das hing natürlich mit der Wichtigkeit und der Dringlichkeit der Aufgabe zusammen und mit der Frage: Ist das bei dem jeweiligen Unterabteilungsleiter gut aufgehoben? Kommt er damit weitgehend allein zurecht, oder braucht er Unterstützung durch den Abteilungsleiter?

Das Verhältnis insgesamt unter den Leitungskollegen in der Abteilung, kann ich sagen, war fachlich und auch persönlich gut, um das gleich mal vorweg zu sagen. Dementsprechend war auch die Zusammenarbeit komplikationslos, jedenfalls aus meiner Sicht.

Worum habe ich mich speziell gekümmert? Ich habe mich natürlich in Vorbereitung auf die Sitzung gefragt: Was hast du denn in den fraglichen Jahren eigentlich insbesondere gemacht? Da sind mir folgende Schwerpunkte beispielhaft noch mal ins Gedächtnis gekommen:

Ein Punkt, den ich mit sehr viel Herzblut betrieben habe, war der sogenannte Multilaterale Aktionsplan für die Sicherheit von kerntechnischen Einrichtungen in Mittel- und Osteuropa und insbesondere auch in Russland. Dieser Aktionsplan war ein Vorhaben, welches der G-7-Gipfel 1992 in München beschlossen hatte. Dieser Plan beschließt sich nicht von allein. Da gab es insbesondere einen Staat, nämlich Deutschland, welcher großes Interesse daran hatte, schon aus Nachbarschaftsgründen; wir sind halt näher dran als viele andere. Dieses Programm habe ich maßgeblich für 1992 vorbereitet. In den Folgejahren habe ich es dann bis zum Gipfel 1999 in Köln, als ich schon in einer anderen Abteilung zuständig war - aber diese Aufgabe habe ich mitgenommen bis zum Gipfel in Köln -, als Delegationsleiter und oberster Ansprechpartner für die Bundesregierung weiter betreut.

Dieses Projekt war dann auch in den Folgejahren alles andere als ein Selbstläufer. Es schloss die Schließung von Tschernobyl ein. Das schloss in Tschernobyl auch die Sanierung des Sarkophags ein - ein Punkt, der bis heute noch nicht durchgeführt worden ist. Das schloss aber auch Kernkraftwerke, wie zum Beispiel in Ignalina - das liegt im heutigen Litauen - oder Sosnowy Bor, um ein Beispiel aus Russland zu nennen, und ins-

besondere natürlich auch ukrainische Kernkraftwerke - Stichwort: Ziel Schließung Tschernobyl -, aber auch andere Kernkraftwerke in der Ukraine ein.

Ein weites Feld. Dazu musste Geld besorgt werden. Diese Aufgabe lag zentral bei mir. Der Nuclear Safety Account bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat einige Milliarden Dollar für Tschernobyl eingesammelt. Das zu sanieren, lag zentral bei mir. Ich habe also Herzblut da reingesteckt und bin oft in Tschernobyl gewesen. Das war eine Aufgabe, die mir damals auch richtig Spaß gemacht hat.

Ein zweiter Punkt, der auch viel Aufwand gefordert hat, der mir allerdings nicht immer so viel Spaß gemacht hat zugegebenermaßen, war die Zweckmäßigkeitssaufsicht über Kernkraftwerke in Deutschland und dementsprechend zum Teil intensive bundesaufsichtliche Gespräche mit verschiedenen Ländern, als da sind Hessen, Schleswig-Holstein und andere, Rheinland-Pfalz beispielsweise. Diese Gespräche waren nicht immer Konsensgespräche - das muss man einräumen -, weil die Interessen durchaus unterschiedlich waren und auch die Sichtweisen, die fachlichen, aber auch die rechtlichen.

Weil das so war, war es erforderlich, in diesem Bereich intensive Gespräche zu führen, aber auch - je nach Situation - entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehörten bundesaufsichtliche Weisungen, die regelmäßig vorher durch Kabinettsentscheidungen vorprogrammiert waren, auf der Seite der Länder auch intensiv bearbeitet, nämlich entsprechende Entscheidungsentwürfe vorzulegen und die mit der Bundesaufsicht zu diskutieren. Das war ein Feld, an das ich mich erinnere, das viel Arbeit und Einsatz gekostet hat, auf allen Seiten, auch aufseiten der Länder; das ist völlig klar.

Ein weiterer Punkt, der mir Erinnerung ist, ist die Stilllegung des Standortes Greifswald. Auch das fiel in die Zeit. Man muss sich erinnern, dass die Kernkraftwerke in der DDR laut Einigungsvertrag eine Genehmigungsfiktion - sprich: atomrechtliche Genehmigung - nach deutschem Bundesrecht erhalten haben, allerdings befristet. Die Befristung für die Reaktoren in Greifswald war 1995. Ich hatte an diesem Einigungsvertrag maßgeblich mitgewirkt und sehr dafür plädiert, dass diese Regelung kam, einfach, um Druck auf den Kessel zu bringen und die Stilllegungsgenehmigung voranzubringen, die dann auch

rechtzeitig noch kam, was sie sonst mit Sicherheit nie gekommen wäre.

Das hatte einen weiteren Effekt, nämlich die Frage: Was geschieht denn jetzt mit dem Standort? Da waren ja noch Kernkraftwerke einfach außer Betrieb genommen worden, diese mussten stillgelegt, entsorgt werden - ein Riesenprogramm. Da ist es leicht nachzuvollziehen, dass unter dem Gesichtspunkt „Wie kann ich davon profitieren?“ alle möglichen Beteiligten - Stichwort ist Bundesgeld, Geld des Steuerzahlers - fantastische Ideen hatten, was man alles an diesem Standort durchführen könne, um die Stilllegung und die entsprechenden Maßnahmen durchzuführen.

Richtig ist sicherlich, dass alles *lege artis* und unter höchsten Sicherheitsgesichtspunkten durchzuführen war. Richtig ist aber auch, da es sich um Haushaltsmittel handelte, dieses entsprechend kosteneffizient und fachlich so richtig wie möglich zu machen.

Das hat sich leider nicht von allein geregelt. Ich hatte vorhin erwähnt, dass die Unterabteilung auch für die Stilllegung von Kernkraftwerken zuständig war. Das war eine zentrale Aufgabe, die ich auch persönlich als Leiter entsprechender Gespräche, sogenannter bundesaufsichtlicher Gespräche, mit vielfältigen Beteiligten geführt habe, um die Dinge voranzubringen, und im Nachhinein - man soll es ja nicht von sich selber sagen -, wenn ich mir den Standort Greifswald heute anschau und noch mal Strecke lege, gibt es viele Menschen, die sagen: So schlecht ist es nicht gelaufen, das hätte viel schlechter laufen können; und an dem Standort Greifswald hat sich auch anderes in der Nachfolge entwickeln können.

Schließlich war eine meiner Zuständigkeiten die sogenannten neuen Reaktorlinien - ich war ja für kerntechnische Sicherheit zuständig -, in dem Fall der sogenannte EPR; das steht für European Pressurized Reactor. Das war ein gemeinsames Vorhaben von Deutschland und Frankreich - sprich: von Siemens und Euratom, EDF -; ich weiß nicht mehr genau, wie der französische Partner hieß, jedenfalls war es deutsch-französisch. Das Ganze resultierte letztendlich aus einer artikelgesetzlichen Regelung vom Frühjahr 1994.

Die Energiekonsensgespräche, die damals Minister Töpfer und Minister Rexrodt auf der Bundeseite mit Ministerpräsident Schröder im Jahre 93 geführt hatten, ein-

schließlich vieler beteiligter Kreise - breit aufgestellt: Oppositionsvertreter aus dem Bundestag, aus den Ländern, Vertreter von Herstellern, aber auch Vertreter von gesellschaftlich relevanten Kreisen; es waren auch Leute mit am Tisch, die mit Kernenergie unmittelbar nichts zu tun hatten, zum Beispiel war Frau Wulf-Mathies als damalige Vorsitzende der ÖTV mit am Tisch; also breit aufgestellt aus meiner heutigen Sicht - -

Leider ist es im Ergebnis nicht zum Erfolg gekommen. Das hat sich dann im Herbst 1993 herausgestellt. Aber es gab Folgearbeiten, die daraus resultierten: Der Energiekonsens war damals sehr breit angelegt und umfasste nicht nur Kernenergie, sondern auch andere Bereiche und in dem Zusammenhang insbesondere die Kohle - Stichwort: Kohlepfennig - und Nachfolgeregelung und wie es künftig mit der Kohle aussieht.

Dementsprechend gab es 94 ein Artikelgesetz, eine Regelung zum Kohlebereich und eine Regelung zum Atomgesetzbereich. Als eine diese Regelungen im atomrechtlichen Bereich waren neue Sicherheitsanforderungen im Gesetz normiert; das war damals der § 7 Abs. 2 a, Anforderungen an neue Reaktoren. Das Stichwort in dem Zusammenhang war, formelhaft gesagt: Es dürfen künftig nur noch Anlagen, wenn überhaupt, zugelassen und genehmigt werden, bei denen, wenn sie Schaden erleiden - was sie an sich nicht dürfen -, dieser auf die Anlage begrenzt bleibt. Ein hehres Ziel; ob es jemals verwirklicht worden wäre oder wird, kann ich nicht beurteilen, aber das war das Ziel, und meine Aufgabe war damals, dieses Ziel in das Atomgesetz entsprechend hineinzuformulieren.

Aus diesem Ziel und dieser Regelung erklärt sich die Arbeit von interessierten Kreisen an dem sogenannten EPR, der in den 90er-Jahren weiter eine Rolle spielte und natürlich unter Sicherheitsgesichtspunkten von dem zuständigen Unterabteilungsleiter - in dem Fall meiner Wenigkeit, RS I -, was die Regierungsseite war, - in Anführungsstrichen - betreut wurde und mit im Blick war. Das war eine Aufgabe, die mich damals auch zentral wirklich beschäftigt hat.

Jetzt zurück zu der Entsorgung und zu dem Bereich Gorleben. Aus dem bisher Gesagten ist erkennbar, dass die Unterabteilung RS I und ich als Leiter dieser Unterabteilung mit Fragen wie Streitigkeiten mit dem Land Niedersachsen, Streitigkeiten mit Salzrechtinhabern, Überlegungen, Vorgehens-

weisen, Möglichkeiten - hier: die Erkundung weiter zu betreiben, unter welchen Voraussetzungen - nicht befasst waren.

Der zweite Punkt, die Befassung der Unterabteilung RS I, setzte dann allerdings wieder ein, als die Entscheidung gefallen war, dass es sinnvoll und richtig sei, das Atomgesetz mit Blick auf das Erkundungsbergwerk Gorleben zu ändern, nämlich zu ändern im Sinne von Einführung von Enteignungsvorschriften im Atomgesetz für Endlager und ähnliche Projekte und darüber hinaus eine Regelung vorzusehen - Sie kennen das aus dem Baurecht -: eine sogenannte Veränderungssperre.

Beides ist im dann Frühjahr 1998 erarbeitet worden, federführend von meiner Unterabteilung und natürlich unter ganz zentraler Mitwirkung und Zusammenarbeit mit den Kollegen aus der RS III, aus dem Entsorgungsbereich. Das versteht sich von selbst bei einem Projekt, welches dort fachlich angesiedelt ist. Diese Arbeiten führten dann dazu, dass die entsprechende Novelle am 01.05.1998 in Kraft treten konnte.

Aus all dem, was ich jetzt versucht habe darzulegen, ist vielleicht nachvollziehbar, dass ich zu dem Zeitpunkt, als ich den Beweisbeschluss übermittelt bekommen habe, mich natürlich gefragt habe: Was weißt du denn darüber eigentlich noch? Oder: Was hast du jemals darüber gewusst?

Der erste Befund war: Ja, klar, ich habe mich mit dem EPR beschäftigt, und ich habe mich auch daran erinnert, dass es dazu natürlich Gespräche gegeben hat und ich dieserhalb an den Gesprächen mit der Industrie und auch mit den Ministern teilgenommen habe. Aber, ehrlich gesagt, an die anderen Aspekte war die Erinnerung gleich null; das muss ich fairerweise einräumen.

Selbstverständlich habe ich im Vorfeld dieser anstehenden Zeugenvernehmung - ich denke, darauf hat das Gremium vielleicht keinen rechtlichen, aber einen moralischen Anspruch - - Was mich angeht: Ich sehe da eine gewisse Verpflichtung, mich nach bestem Wissen und Gewissen auf diese Zeugenvernehmung vorzubereiten. Das habe ich versucht zu tun im Rahmen meiner Möglichkeiten und habe mir entsprechende Akten vorlegen lassen, die ich auch durchgesehen habe, und ich muss einräumen, bei manchem hatte ich den Eindruck: Das hast du noch nie gesehen. Da bin ich mir sicher, dass ich das noch nie gesehen habe, soweit man sich nach 16 Jahren beispielsweise

dessen noch sicher sein kann. Bei manchem denkt man: Wie war denn das? Das könnte vielleicht - -

Also, so ist die Situation. Ich habe versucht, mich auf diese Veranstaltung vorzubereiten, soweit mir das möglich war, und dabei möchte ich es im Augenblick bewenden lassen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank, Herr Steinkemper, für diese einführenden Informationen. - Ich darf das Fragerecht jetzt sofort an die CDU/CSU-Fraktion geben. Bitte schön, Herr Kollege Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU):

Vielen Dank, Herr Steinkemper, für diese einführenden Bemerkungen. - Ich darf noch mal auf Ihren beruflichen Werdegang zu sprechen kommen. Sie hatten Ihren Schwerpunkt gerade darauf gelegt, dass Sie als Unterabteilungsleiter der Unterabteilung RS I bis zum Jahre 99 tätig waren. Seit wann haben Sie sich denn mit dem Bereich Reaktorsicherheit beschäftigt beruflicherseits?

Zeuge Hubert Steinkemper:

Mehrfach, und zwar damals noch im Innenministerium. Meine Tätigkeit im Innenministerium habe ich 1980 begonnen. Da war ich im Rechtsreferat RS I 1 als Referent. Das war etwa, roundabout, zwei, drei Jahre, in der Größenordnung. Danach bin ich in die Abteilung V, Verfassungsrecht, gewechselt, in das Grundsatzzreferat V I 1, habe also was völlig anderes gemacht. Nach dieser Zeit, die etwa zwei Jahre gedauert hat, anderthalb bis zwei Jahre, bin ich in den Leitungsbereich des BMI als persönlicher Referent eines Staatssekretärs gewechselt, und Mitte 1987 bin ich vom BMI in das BMU in die Funktion des Referatsleiters RS I 1 gewechselt. Dieses Referat RS I 1 war zum damaligen Zeitpunkt geteilt, und zwar in den Entsorgungsbereich und in den anderen Bereich, den ich vorhin schon beschrieben hatte. Ich habe zunächst den Entsorgungsbereich betreut. Das mag - ich überlege gerade - vielleicht anderthalb Jahre gewesen sein, in der Größenordnung, ein Jahr bis anderthalb Jahre, bevor dann dieser Rechtsbereich Entsorgung sich selbstständig gemacht hat und letztendlich einmündete in die neugegründete Unterabteilung RS III.

Was ich in der Zeit, die ich jetzt angesprochen habe, aber sehr intensiv betreut

habe, sind zwei Dinge, die eigentlich nicht unmittelbar zu den klassischen Aufgaben eines Referatsleiters Recht der nuklearen Entsorgung gehört. Das war einmal die Entsorgung der verstrahlten Molke aufgrund des Tschernobyl-Unfalles. Man erinnert sich: Sie war gelagert im Emsland auf dem Kleinbahngelände. Viele Wagen standen da rum, und es musste was getan werden. Letztendlich - nach einigen Varianten, die durchdacht und überlegt worden waren - ist man den Weg gegangen, eine Molke-Dekontaminierungsanlage im stillgelegten Kernkraftwerk Lingen - nicht Emsland; Emsland ist das neue - durchzuführen. Diese schöne Aufgabe habe ich federführend wahrnehmen dürfen oder müssen, ganz wie Sie wollen. Dementsprechend bin ich also mindestens einmal in der Woche immer morgens um 5 Uhr von Bonn aus - da war man noch jung und munter - nach Lingen gefahren und abends um 10 oder 11 wiedergekommen. Das ging im Wochentakt so. Die Anlage ist dann ja auch gebaut worden. Sie hat die Molke dekontaminiert. Der Erfolg ist also letztendlich eingetreten, den man gewünscht hat, wenn auch die Kosten durchaus nicht unerheblich waren; das muss man an der Stelle mit hinzufügen.

Ein zweiter Punkt, den ich in der Zeit intensiv nebenher, fast hauptberuflich, gemacht habe, ist die Betreuung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - nach meiner Erinnerung muss das 88/89 gewesen sein -, und zwar den sogenannten Transnuklear, dann erweitert um Biblis, also den sogenannten Atomuntersuchungsausschuss. Da bin ich zum federführenden Verantwortlichen im Hause BMU bestimmt worden und auch für die Bundesregierung insgesamt. Dementsprechend - die Kollegen sitzen hinter mir - bedeutet das, dass man an vielen Sitzungen selbstverständlich teilnimmt und mit Rat und Tat zur Verfügung steht, soweit es gewünscht ist, aber auch die Interessen und Belange der Bundesregierung versucht zu koordinieren und wahrzunehmen. Das waren zwei Bereiche, die mich sehr viel Zeit und Arbeit, aber auch - - Gut, ich habe in den Zusammenhängen jeweils gelernt, insofern war es auch eine fruchtbare Zeit, an die ich gern und mit angenehmen Erinnerungen zurückdenke.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wir beschäftigen uns ja hier auch insbesondere mit der Frage, inwiefern Politik Einfluss auf fach-

liche Entscheidungen genommen hat. Dabei interessiert mich: Dadurch, dass Sie schon seit 1980 in einer obersten Bundesbehörde tätig waren, haben Sie auch verschiedene Wechsel, was die Leitungen angeht, zum Teil sogar Regierungskonstellationswechsel, miterlebt. In dem Bereich, in dem Sie tätig waren, war da zu verfolgen, dass es auch auf der fachlichen Ebene eine andere Linie gab, zum Beispiel beim Wechsel von der Regierung Schmidt zur Regierung Kohl 82/83 oder auch innerhalb derselben Regierungskonstellation, zum Beispiel Töpfer/Merkel im Zeitraum 94/95? Gab es da auf der fachlichen Seite eine andere Linie, oder ist von einer Kontinuität an der Stelle auszugehen?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich kann immer nur meinen Eindruck aus der fachlichen Wahrnehmung schildern, wenn ich versuche zu schildern, Stichwort: Wie war das denn beim Regierungswechsel 82, Schmidt-Regierung auf Kohl-Regierung? - wenn ich das mal etwas salopp oder flapsig bezeichnen darf. Was den Bereich Kernenergie angeht, war für mich da zunächst überhaupt kein Unterschied festzustellen. Die Entwicklung im Sinne von Auseinandergehen und Neuorientieren bei der SPD als federführende Regierungspartei unter der Regierung Schmidt begann dann, aber hat sich dann in der Folgezeit zunehmend entwickelt.

Soweit ich mich erinnere, ist dieser Weg auch nicht reibungslos zustande gekommen, aber doch mit immer größerer Geschwindigkeit vorangebracht worden, sodass man schon konstatieren konnte, dass in der Folgezeit die Dinge - jedenfalls unter dem Gesichtspunkt: „Wie hältst du es mit der Kernenergie?“, um es mal auf eine Formel zu bringen - nicht mehr so waren, wie es ursprünglich unter der Kohl-Regierung gewesen ist und auch ursprünglich unter der Schmidt-Regierung; das muss man dazusagen. Also, ich habe den Bundeskanzler Schmidt auch mehrfach unmittelbar selbst erlebt in einer Situation, in der man den Eindruck haben musste, da hat sich insofern zunächst mal nichts geändert. Aber, wie gesagt, das war eine Entwicklung, die - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Bis heute!)

- Das haben Sie gesagt. Aber gut, das ist nicht das heutige - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
So reden Sie über alte Genossen!
Das würde mir nie einfallen!)

Was ich damit sagen wollte: Ich glaube nicht, dass es nur ein subjektiv gefärbter eigener Eindruck war.

Der zweite Punkt, Stichwort: Wie war das denn zu Töpfers Zeiten als Umweltminister, und wie haben sich die Merkel-Zeiten angeschlossen? Ich muss sagen: Da gilt das Gleiche. Wer da meint - Herr Töpfer sehe es mir nach -, dass Herr Töpfer damals schon aus meiner fachlichen Sicht - und ich bin häufig bei ihm zur Rücksprache gewesen - - Er hat das völlig lege artis betrieben, aus meiner Sicht lege artis, und auch in einer Weise, die von der Sache her nicht zu unterscheiden war aus meiner Sicht von der Situation, wie sie dann unter Frau Merkel sich fortgesetzt hat.

Was allerdings richtig ist: Man hat damals schon erkannt - also auch zu Töpfers Zeiten, die ich ja sehr intensiv auch unmittelbar miterlebt habe -, dass sich hier eine Entwicklung fortsetzt oder zutage tritt, bei der es gut wäre, wenn sie auf Dauer so nicht bleibt und auch nicht bleiben kann unter dem Gesichtspunkt: Ist es denn nicht möglich, hier die verschiedenen Interessen unter dem Gesichtspunkt „geben und nehmen“ in Einklang zu bringen? Unter anderem Gesichtspunkt, wenn man es pathetisch ausdrücken will: „Was ist gut fürs Land?“, um es mal schlicht zu sagen. Das war aus meiner Sicht bei Minister Töpfer stark ausgeprägt. Ich hatte damit überhaupt kein Problem. Ganz im Gegenteil, ich fand das eine tolle Idee und habe dann bei der ersten Konsensrunde, die ich eingangs erwähnt habe, 93, auch intensiv mitgearbeitet, weil ich die Geschäftsführung für die ganze Veranstaltung in der damaligen Referatsleiterfunktion RSI 1 hatte. Dementsprechend war ich auch immer mit dabei und kann also einen unmittelbaren Eindruck hier noch reflektieren.

Man war relativ weit gekommen, also bis 93 im Herbst. Ich erinnere mich - Stichwort: Laufzeiten; das war ja in den letzten Jahren auch wieder das Thema -: Man hatte den Entwurf eines gemeinsamen Papieres: Ministerpräsident Schröder als Federführender auf der SPD-Seite, die Bundesregierung auf der anderen Seite, aber, wohlgemerkt, auch immer unter Beteiligung der damals maßgeblichen Kreise aus der Wirtschaft, also der

Hersteller und auch der Energieversorger, und auch unter Beteiligung maßgeblicher Kreise in den Ländern. Also, an den Gesprächen nahm regelmäßig der damalige Chef der Staatskanzlei, Minister Clement, teil. Es war schon eine Runde, die breit aufgestellt war und sich im Ergebnis auf einen Entwurf verständigt hatte - ad referendum, wohlgemerkt -, der die Laufzeit - 40 Jahre, 30 Jahre, wie auch immer - in eckige Klammern gesetzt hatte, aber - und das war schon bemerkenswert - die Option künftiger Reaktoren - oder gibt es die gar nicht mehr, soll es sie gar nicht mehr geben, bleibt die Möglichkeit? - mit beinhaltet hatte.

Ich hatte eingangs erwähnt, dass aus dieser Situation heraus im Jahr darauf das Artikelgesetz mit der Vorschrift über neue Reaktoren entstanden ist. Zu diesem Konsens, der im Entwurf konzipiert war, ist es im Herbst 93 dann nicht gekommen, weil das SPD-Präsidium sich auf einer Sitzung im Oktober 93 letztendlich doch gegen dieses Papier oder gegen diese Vorgehensweise ausgesprochen hat, sodass damit diese Bemühungen leider keinen Erfolg haben konnten oder - wie auch immer, ich will es nicht bewerten - nicht erfolgreich waren; so muss ich es formulieren.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Sie sprachen die Arbeitsweise, auch die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und Minister Töpfer an. Inwieweit hatte sich das denn anders dargestellt unter der Ministerin Merkel? Ich nehme an, dass Sie auch da Gelegenheit zur Rücksprache hatten.

Zeuge Hubert Steinkemper: Gut, Personen sind unterschiedlich und haben auch unterschiedliche Gemütsbefindlichkeiten. Aber in der Sache, muss ich sagen, ging die Zusammenarbeit nahtlos weiter und hat sich so fortgesetzt, wie ich sie kannte. Ich habe auch nichts anderes erwartet und bin in der Erwartung bestätigt worden. Wofür sie sich - das vielleicht noch hinzugefügt - damals sehr interessiert hatte - das mag aber auch mit ihrem persönlichen Hintergrund zusammenhängen -, war dieses Aktionsprogramm, das ich eingangs erwähnt hatte, das Multilaterale Aktionsprogramm Osten, Russland und Ukraine. Dafür hat sie sich sehr interessiert unter dem Gesichtspunkt: Was kann man denn da Sinnvolles tun, um die Sicherheit zu gewährleisten? Am besten - bei den entsprechenden Reaktoren - natürlich durch Ab-

schalten. Da hat sie sich auch persönlich mächtig eingebracht.

Auf dieser Linie ist auch eine Konferenz zu sehen, die anlässlich zehn Jahre Unfall Tschernobyl im Jahre 1996 - eine weltweite Konferenz im Rahmen der entsprechenden UN-Organisation EIO - in Wien durchgeführt wurde. Ein Riesenauftrieb, und die Frau Merkel war Präsidentin dieser Konferenz - was kein Zufall war, sondern ich hatte ja gerade gesagt, sie hat sich für diesen Bereich stark interessiert mit Blick auf den Osten. Sie ist auch selber in Tschernobyl gewesen im Vorfeld der Konferenz. Ich habe sie da begleitet. Sie ist natürlich auch in Kiew und Moskau gewesen und alles, was dazugehört. Da lagen schon starke Interessen. Ich erinnere mich an eine Situation. Das war in Tschernobyl, in dem neuen Tschernobyl, Slawutytsch heißt die neue Stadt, die die Brüdervölker der SU den Menschen dort gebaut hatten. Da gab es eine große Halle, und es saßen alle möglichen ukrainischen Minister auf dem Podium, mittendrin die Frau Merkel. Dann wurde diskutiert in dem Riesensaal, und dann hat es doch starken Eindruck gemacht, als die Ministerin Merkel keinen Übersetzer brauchte, sondern locker auf Russisch mitgeplaudert hat. Nebenbei: Einige ukrainische Minister waren des Russischen auch wesentlich besser mächtig als des Ukrainischen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Sie sprachen von den intensiven Vorbereitungen des Konsenses 93. In unseren Unterlagen haben wir auch gesehen, dass auch die weitere Konsensrunde 97 intensiv vorbereitet wurde, unter anderem durch Gespräche auf Ministeriebene zwischen Ministerin Merkel und Minister Rexrodt auf der einen Seite und den Spitzen der deutschen Energiewirtschaft auf der anderen Seite, Ende 96, Anfang 97. Ausweislich der Protokolle, die uns vorliegen, waren Sie bei zwei dieser hochrangigen Sitzungen dabei gewesen. Sie haben gerade eben eingangs schon gesagt, Ihr Fokus lag beim EPR und den Dingen, aber nichtsdestotrotz waren Sie dabei.

Insofern meine Frage: Wie haben wir uns das heute vorzustellen, wie es damals gelaufen ist? Gab es da unterschiedliche Standpunkte von Industrie einerseits und Bundesregierung andererseits, die unter einen Hut gebracht werden sollten, oder war es eine friedliche Veranstaltung, wo es auch keine Interessengegensätze gab? Insbeson-

dere interessiert mich natürlich an dieser Stelle die Frage der Entsorgung, sprich: Gorleben.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich hatte eingangs in meinen Bemerkungen darauf hingewiesen, dass ich mir, als ich den Beweisbeschluss und die Fragen gelesen habe, gesagt habe: Darüber weißt du eigentlich gar nichts mehr. Ich habe mich versucht zu erinnern: Wie war das? Wenig bis gar nichts, um es ehrlich zu sagen. Ich habe aber die Akten studiert im Vorfeld dieser Sitzung und dann natürlich einige Vermerke gefunden, zum Beispiel einen Vermerk, den ich geschrieben habe; wenn ich es richtig erinnere, am 20.12.1996. Ich war ganz erstaunt: Hast du da einen Vermerk geschrieben? Ich konnte mich beim besten Willen nicht daran erinnern. Gut. Dann habe ich mich gefragt: Wieso hast du den denn geschrieben? Es wäre ja an sich eine Sache von RS III gewesen, von der Gewichtung her. Ich weiß es nicht. Es mag sein, dass der Herr Matting drei Tage vor Weihnachten keine Zeit hatte. Ich habe keine Erklärung dafür; jedenfalls habe ich den Vermerk, so sagen es ja die Akten, geschrieben.

In diesem Vermerk steht ja einiges drin, und ich habe versucht, mich zu erinnern, als ich das gelesen habe, ob die Erinnerung wiederkommt und ob ich das Gespräch vor Augen sehe. Wenn ich ehrlich bin, muss ich sagen: Dieser Versuch ist gescheitert. Ich habe damals, muss ich sagen, natürlich das Augenmerk auf den EPR gerichtet; daran konnte ich mich auch erinnern, dass da eine Diskussion stattgefunden hatte im Vorfeld: Wie halten wir es denn künftig mit dem EPR? Dem Vermerk können Sie ja entnehmen, dass die Begeisterung aufseiten der Energieversorger für den EPR vielleicht früher mal stärker war, als das zu dem Zeitpunkt jedenfalls war.

Es stand damals die sogenannte Basic-Design-Phase an; so nannte man das. Das war einfach eine gutachtliche herstellermäßige Konzeption, dieses Projekt weiterzuentwickeln, und das sollte in 97 beendet werden. Dann war die Überlegung: Wie kann man das mit welcher Art von Zulassung oder Genehmigung oder mit welchem Verfahren - auch unter behördlichen Gesichtspunkten - einbeziehen? Daran erinnere ich mich.

Zur Entsorgung muss ich Ihnen sagen: Ich muss es mit einem „Vielleicht“ versehen, weil ich es einfach nicht weiß und eher

meine, dass ich keine Erinnerung an den Verlauf des Gespräches, was das angeht, habe. Aber den Akten kann man ja entnehmen - das war mir eigentlich immer so auch geläufig gewesen in der Zeit davor -, dass der Bund ein Interesse hatte, Endlagerprojekte weiterzubetreiben, und zwar beide: das Endlager Konrad, wo das Planfeststellungsverfahren damals schon seit einigen Jahren lief, unter dem schlichten Gesichtspunkt, es ist für schwach und mittelaktiv wärmeentwickelnde Abfälle geeignet - das machte, das war damals immer so die Faustformel, 95 Prozent des Gesamtvolumens aus -, und für den Rest, hochaktiv, hat damals, jedenfalls in den Jahren bis dahin, niemand daran gedacht, den Konrad auch in Erwägung zu ziehen. Da gibt es ja nur eine Schlussfolgerung: Wenn man für diesen Bereich auch ein Endlagerprojekt meint voranbringen zu wollen oder zu sollen, lag es nahe, wenn man diese Schlussfolgerung gezogen hat, dieses Projekt, das sogenannte Erkundungsbergwerk Gorleben, auch weiterzubetreiben. So ist meine Erinnerung an die Grundsatzsituation in dem Zusammenhang.

Erinnerlich, jedenfalls aufgrund des Aktstudiums - mag sein; ich habe keinen Zweifel daran, dass das, was in den Akten steht, auch richtig wiedergegeben ist, keinen begründeten Zweifel jedenfalls -, ist doch aufseiten der EVU eine Tendenz, die auf zwei Dinge Bedacht genommen hat:

Der erste Punkt ist die Effizienz - sachgerecht usw., Sicherheit natürlich, aber effizient und mit Augenmaß -, und der zweite Punkt ist die Kosteneffizienz. Das ist mir erinnerlich; aber wenn Sie mich nach Weiterem fragen: Ich kann Ihnen wirklich nicht mehr sagen, wer was in der Sitzung oder wie auch immer gesagt hat. Tut mir leid; das weiß ich nicht mehr.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Zwischen diesen beiden Gesprächen auf Ministersebene gab es ja noch eine Reihe Treffen von Arbeitsgruppen. Haben Sie noch eine Erinnerung daran - weil, es ging ja insbesondere um die Optimierung der Endlagerung; Sie haben in Ihrem Vermerk vom 20. Dezember auch darauf hingewiesen, dass es offensichtlich schon da absehbar eine Annäherung der Positionen gab -, um welche unterschiedlichen Positionen es sich handelte bzw. was dort die Entwicklung war?

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, ich fange einmal bei dem Bereich an, den ich unmittelbar zu vertreten hatte oder den ich vertreten habe, dem EPR-Bereich. Ich habe in den Akten gelesen, dass ich am 12. Dezember - es war ja beschlossen worden, dann Arbeitsgruppen einzurichten - eine Arbeitsgruppe geleitet habe, eine Facharbeitsgruppe, die sich mit Fragen der neuen Reaktorlinien beschäftigt hat. Wenn ich das da nicht gelesen hätte, ich hätte es nicht mehr gewusst. Gut, aber dann wird es wohl so gewesen sein, wie es da steht, okay. Ich habe keinen Zweifel, dass das, was darüber von mir wiedergegeben worden ist, auch unter dem Bereich Entsorgung, damals von mir nach bestem Wissen und Gewissen und Erinnerung und in Absprache und Rückkopplung mit den primär zuständigen RS-III-Kollegen zu Papier gebracht worden ist. Aber wenn Sie fragen: „Hast du daran eine aktuelle Erinnerung, wie sich das damals abgespielt hat?“, ist die Antwort: nein.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Hier geht es auch insbesondere um die Frage - das haben Sie der Ladung entnommen -: Änderung des Erkundungskonzepts: statt eines parallelen Vorgehens Nordosten/Südwesten eine schrittweise Erkundung. Auch diese Frage war offensichtlich - so haben wir es jedenfalls mittlerweile herausgearbeitet - nicht unbedingt von vornherein unstrittig, auch bei diesen Verhandlungen. Haben Sie eine Erinnerung daran, dass es diese Diskussion um die Abänderung des Erkundungskonzepts gab?

Zweite Frage dazu, daran anschließend: War das letztendlich eine Position, die vonseiten der Industrie der Regierung aufgezungen wurde, oder war es eine Position der Bundesregierung, die sich nachher in den Verhandlungen, auch gegenüber der Energiewirtschaft, durchgesetzt hat? Es gab ja am Ende, am 13. Januar, als die Leitungsebene noch einmal zusammenkam mit der Energiewirtschaft, eine Presseerklärung, in der dann die Ergebnisse zusammengefasst waren.

Zeuge Hubert Steinkemper: Was das Stichwort betrifft, ob ich eine Erinnerung an die Abläufe der Gespräche damals habe, muss ich leider sagen: nein. Natürlich habe ich mich im Vorfeld, in den Jahren vorher, wie gesagt, nicht unmittelbar damit befasst; aber man hat sich mal getroffen und gesagt:

Ja, wir arbeiten an den Salzrechten rum, da gibt es Probleme; das konnten wir auch in den Zeitungen und im Pressespiegel nachlesen. Das war mir natürlich bekannt. Aber was sich da im Einzelnen abgespielt hat, welche Maßnahmen da ergriffen wurden und wer sich mit wem vor Gericht gestritten hat und so, das habe ich jetzt den Akten entnommen, und vieles kam mir, ehrlich gesagt - - An manches habe ich mich erinnert, aber bei weitem nicht an alles. Es war mir einfach schlicht nicht geläufig.

Stichwort: Wie ist man bei der Erkundung vorgegangen? Das war Ihre Frage, ja? Ich kann dazu so viel sagen, dass wir - wenn auch nur mittelbar oder aus der dritten Reihe - mitbekommen haben, dass es Probleme gab bei den Salzrechten, dass es alte Salzrechte gab, in dem Fall von dem Graf Bernstorff und auch von den Kirchengemeinden, von anderen möglicherweise auch noch, die in dem Salzstock beheimatet sind und möglicherweise in Anspruch genommen werden müssen bzw. auf die man rekurren muss, wenn man eine Erkundung dieses Bergwerks durchführt.

Stichwort: Nordosten und Südwesten usw.: Das sind alles Sachen, die waren mir damals so, ehrlich gesagt, nicht geläufig. Mag sein, dass ich mal was von Nordosten und Südwesten gehört habe; aber wie das zusammenhing und so, das war schlicht nicht meine Baustelle. Ich hatte vorhin versucht darzulegen, dass ich genug andere Baustellen hatte, um als „Fremdarbeiter“ noch auf einer anderen Baustelle tätig zu werden. Wie gesagt, das ist bei mir sehr im Vagen gewesen, und es bestand auch kein Anlass, sich unter den gegebenen Gesichtspunkten unmittelbar auch noch darum zu kümmern. Von daher hält sich das in Grenzen.

Was ich aus der früheren Befassung noch weiß - Sie hatten ja eingangs gefragt: Wann bist du denn in dem Bereich überhaupt mal tätig gewesen oder sonst noch tätig gewesen? -: An was ich mich noch gut erinnern kann, ist die Situation Anfang der 80er-Jahre, als es darum ging: Schächte abteufen - welche rechtlichen Grundlagen brauche ich denn dafür? Welche Zulassungen? Ist das Erkundung oder ist das Planfeststellung? So, und da gab es ja dann zwei Gutachten, die vom Rechtsreferat in Auftrag gegeben wurden, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kamen, und letztendlich hat man sich für die Erkundungsvariante aufgrund des Gutachtens von Professor Rengeling entschieden.

Das ist natürlich auch mit der Leitung des Hauses schon zu Minister Baums Zeiten besprochen worden und dann in der Folgezeit.

Gut, die Juristen wissen, dass es mindestens immer zwei Meinungen gibt - meistens - und dass es richtig oder falsch auch selten gibt. Es gibt vertretbar und unvertretbar oder hundertprozentig vertretbar. Das ist die Bandbreite, und dementsprechend ist es ja auch nachvollziehbar, dass dieser Punkt einer gerichtlichen Prüfung zugeführt worden ist, letztendlich entschieden durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, wenn ich recht erinnere, aus dem Jahre 1990. Das Bundesverwaltungsgericht hat der Bundesregierung und dem BMU - damals sicherlich aus Sicht des BMU erfreulicherweise - in dem Punkt recht gegeben und gesagt: Ihr habt es richtig gemacht, indem ihr erkundet, bergrechtlich erkundet, weil die Voraussetzungen - so das Bundesverwaltungsgericht - für einen Planfeststellungsbeschluss - auch Teilplanfeststellungsbeschluss - aus Sicht des Bundesverwaltungsgerichts - jedenfalls, so habe ich das verstanden - nicht gegeben waren. Das Stichwort in dem Zusammenhang: Gibt es einen Planfeststellungsbeschluss mit Standortvorbehalt - das war ja der Lösungsvorschlag, den der Professor Breuer in seinem Gutachten herausgefunden hat, herausgearbeitet hatte -, oder gibt es das nicht? Ist es zulässig? Das Bundesverwaltungsgericht hat sich dagegen ausgesprochen, und mit einer Überlegung, die ich dann im Nachhinein - was heißt im Nachhinein? -, als ich das diese Tage gelesen habe, auch wieder nachvollziehen konnte, so unter dem Gesichtspunkt: Wo liegt denn der Unterschied? Stichwort: „Öffentlichkeitsbeteiligung“ kommt dann sofort - das ist ja logisch -, also Stichwort: „Öffentlichkeit im atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren“. Aber über welche atomrechtlich relevanten Sachverhalte wäre denn in dem Planfeststellungsbeschluss zu befinden gewesen? Da bleibt dann nicht allzu viel, außer der Frage natürlich: Ist das eine so wesentliche Weichenstellung, dass diese Weichenstellung als solche schon einer atomrechtlichen Zulassung bedarf? Wie gesagt, da kann man sicherlich verschiedener Meinung sein. Es gab ja auch verschiedene Meinungen. Aber nach reiflicher Überlegung hat man sich im Hause BMU für die dargelegte Variante entschieden, die dann auch vom Bundesverwaltungsgericht überprüft worden ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Steinkemper. - Das Fragerecht geht jetzt weiter an die SPD-Fraktion. Frau Kollegin Vogt, bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Steinkemper, der Zusammenhang zwischen dem sogenannten Entsorgungsvorsorgenachweis und dem Salzstock Gorleben, in welcher Form war der damals gegeben?

Zeuge Hubert Steinkemper: Jetzt muss ich in der Erinnerung kramen. Aber, wie gesagt, ich war ja Anfang der 80er-Jahre mal für den Bereich auch rechtlich zuständig. Da gab es ja diese Entsorgungsgrundsätze, die die Ministerpräsidenten, die Regierungschefs - so hieß es - von Bund und Ländern beschlossen hatten. Das war, glaube ich, 79. So, und diese Entsorgungsgrundsätze haben ihren entsprechenden - - Dieser Beschluss hat seinen entsprechenden Niederschlag in den Grundsätzen gefunden. Und ein wesentliches Element - aus meiner Erinnerung heraus - waren die Fortschritte im Entsorgungsbereich, wozu auch Fortschritte mit Blick auf ein künftiges Endlager gehörten.

Ute Vogt (SPD): Was wäre aus Ihrer Sicht die Konsequenz gewesen, hätte man das Endlager nicht weiter erkundet zur damaligen Zeit? Hätte das einen Rückschluss gehabt auf die Erlaubnis zum Betrieb von Kernkraftwerken?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich bewege mich jetzt im Spekulativen. Das mag so sein, mag auch nicht so sein.

Ute Vogt (SPD): Ich kann Ihnen gerne den Hintergrund sagen. Also, es gibt so einen Ergebnisvermerk auch eines dieser Gespräche mit den Energieversorgern - für das Protokoll: MAT A 196/6, Paginierung 186 ff. -, und da schreibt Herr Dr. Kienle unter anderem, dass eben die Industrie diesen Entsorgungsvorsorgenachweis gerne formal abgekoppelt hätte von Gorleben, und es heißt dann aber weiter: „Dies wird von der Bundesregierung abgelehnt.“ Deshalb hätte ich gerne noch mal was gewusst, wie damals die Zusammenhänge waren, warum die Energieversorger unbedingt die Abkopplung wollten und warum die Bundesregierung das abgelehnt hat. Ich dachte, da Sie bei den Gesprächen dabei waren, dass Sie sich

möglicherweise an den Zusammenhang noch erinnern.

Zeuge Hubert Steinkemper: Frau Abgeordnete, darf ich Sie fragen? - Sie sprachen von „damals“ und verweisen auf einen Vermerk - -

Ute Vogt (SPD): 96.

Zeuge Hubert Steinkemper: Wann war denn das?

Ute Vogt (SPD): 13. Dezember 96.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, das müsste dann ein Vermerk von Herrn Kienle zu dem Gespräch, was am 05.12. stattgefunden hat, sein?

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, jetzt vom Zusammenhang, den ich aus den Akten jetzt im Vorfeld - auch Vorbereitung auf diese Veranstaltung hier - entnommen habe. Ja, ich sage es noch mal: Also, aus Sicht der Bundesregierung über viele Jahre - ich weiß auch nicht, ob sich das jemals geändert hat; ist mir jetzt nicht bekannt - galten die Entsorgungsgrundsätze, so wie sie auf Grundlage des Beschlusses der Regierungschefs von Bund und Ländern - - Und dazu gehört auch die Perspektive Endlager. Und so, wie Sie das darlegen, ist es nachvollziehbar, nämlich: Wenn das so ist - und aus meiner Sicht gab es da keine Änderung, jedenfalls nicht, solange ich in dem Bereich tätig war -, ist es folgerichtig, diesen Endlageraspekt mit einzubeziehen, es sei denn, man verständigt sich auf andere wie auch immer geartete Entsorgungsgrundsätze. Das war aber, solange ich da mit von der Partie war, nicht der Fall.

Ute Vogt (SPD): Jetzt - - Sie müssen offenbar mit dem Thema ja intensiver befasst gewesen sein. Ich habe hier ein Positionspapier gefunden, das nach meiner Kenntnis von Ihnen stammt. Das heißt „Position zur weiteren Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie“. In MAT A 218, Band 1, wäre das zu finden. Können Sie sich an dieses Positionspapier erinnern?

Zeuge Hubert Steinkemper: Wenn Sie mir sagen, von wann das ist.

Ute Vogt (SPD): Vom 28. März 1995. Es ist ein ganz ausführliches Papier, viele Seiten lang - „Position zur weiteren Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie“ -, und beinhaltet auch verschiedene Bewertungen, auch der Konsensgespräche SPD und CDU, FDP zum Thema Weiternutzung der Kernenergie.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, die erste Frage, ob ich mich daran erinnern kann. Die Antwort ist: nein. Steht da mein Name drauf, oder wie kommen Sie darauf?

Ute Vogt (SPD): Also, auf dem Blatt, das ich habe, steht Ihr Name nicht. Deshalb frage ich ja. Aber - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Aber ich meine: Lässt das Papier den Aussteller erkennen, ist die schlichte Frage.

Ute Vogt (SPD): Nein, die Fassung, die ich übermittelt bekam, leider nicht.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, tut mir leid - -

Ute Vogt (SPD): Deswegen frage ich Sie ja danach. Vielleicht können wir Ihnen auch dieses Papier mal vorlegen, und vielleicht können Sie uns weiterhelfen bei der Frage, von wem das verfasst worden ist.

Zeuge Hubert Steinkemper: Das können wir gerne machen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Ute Vogt (SPD): Weil, ich komme darauf, es gab - aber daran müssten Sie sich eigentlich erinnern - im Zusammenhang - -

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
MAT-Nummer? Paginierung?)

- 25 folgende. - Es gab - vielleicht erinnern Sie sich daran, und das ist in der Unterlage wahrscheinlich ganz hinten zu finden - da auch einen *Spiegel*-Artikel zu dem Papier, und der ließ uns zu dem Schluss kommen, dass Sie einer der Verfasser dieses Papiers sind.

(Marco Buschmann (FDP): Weil der *Spiegel* das behauptet, wird es geglaubt!)

- Nein, aber der nimmt Bezug auf das Papier und auf die Person von Herrn Steinkemper.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die SPD glaubt alles!)

Zeuge Hubert Steinkemper: Zu dem *Spiegel*-Artikel kann ich Ihnen was sagen gleich.

Ute Vogt (SPD): Ja, aber ich wollte erst mal lieber zu dem Papier was fragen¹. Ich frage Sie dann gerne auch zu dem *Spiegel*-Artikel.

(Zuruf von der CDU/CSU: Also, das würden wir schon hören wollen, was der *Spiegel* - -)

Also, dieses Papier - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich weiß es nicht.

Ute Vogt (SPD): Wissen Sie nicht, wer es verfasst hat? Oder können Sie wenigstens sagen, ob Sie dafür gearbeitet haben oder daran mitgearbeitet?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich bin noch dabei, das durchzublättern, aber nach dem Bisherigen muss ich sagen: Es tut mir leid, dazu kann ich Ihnen gar nichts sagen. Ich weiß nicht, wer das Papier geschrieben hat. Ich habe daran keine Erinnerung.

Ute Vogt (SPD): Das ist sehr bedauerlich und wohl ein Schicksal unseres Ausschusses, dass die Zeugen immer gerade zu dem, was uns besonders interessiert, sich nicht so ganz gut erinnern.

Ich darf Sie aber mal fragen, nachdem Sie sich an den Artikel erinnern haben: Da sind ja ein paar Aussagen gemacht, zu denen Sie ja eben schon indirekt Stellung genommen haben. Sie haben uns vorhin zum Beispiel mitgeteilt, dass es eine gewisse Kontinuität gab von der Politik von Herrn Töpfer zu Frau Merkel. Damals in dem Artikel aus dem Jahr 1995, Ausgabe Nummer 18, da stand allerdings drin, dass Sie - - Jetzt muss ich schauen, Moment. - Falsche Seite.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Ute Vogt (SPD): Ah ja, da. Ich möchte Ihnen vorlesen. Da stand über Frau Merkel und ihre Fachlichkeit, und dann kommt weiter unten:

Im Merkel-Haus, beobachten Ministeriale, führen ... wieder Hardliner das Wort, die, sagt ein Beamter, „bei Töpfer schon als Dissidenten in der Ecke standen“.

Und dann etwas weiter unten fällt der Name des sogenannten Atomjuristen Schneider, und es fällt dann auch im weiteren Artikel Ihr Name in dem Zusammenhang.

Könnten Sie uns erläutern, wenn Sie sagen, es gab eine völlige Kontinuität, wie es zu so einer Aussage kommen kann und wie damals die Stimmung dann war? Es muss ja zumindest im Haus Kontroversen zu dem Thema gegeben haben.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja, Sie sagten, es muss zumindest im Haus Kontroversen zu dem Thema gegeben haben. Wie Sie zu der Schlussfolgerung kommen, weiß ich nicht. Ich kann Ihnen aber so viel dazu sagen, wie die Sache aus meiner Sicht tatsächlich im Hause zu dem Zeitpunkt - das war ja 95 - war. Also, der erste Punkt: Ich habe mich über diesen Artikel sehr geärgert, weil ich ihn für unzutreffend halte, jedenfalls was mich betrifft. Aber es gibt Situationen, wo man gut beraten ist - insbesondere als Beamter, der seinen Dienst geleistet hat und loyal in der Pflicht des Hauses steht -, bestimmten Ärger auch runterzuschlucken. Gut, das ist im Preis inbegriffen. Damit muss man leben.

Warum habe ich mich darüber geärgert? Die Behauptung, dass die Hardliner wieder fröhliche Urstände waren, die bei Töpfer schon in der Ecke standen, muss ich sagen - es sei denn, ich hätte eine völlig falsche Wahrnehmung in der Vorzeit gehabt -, die trifft schlicht nicht zu, ganz im Gegenteil. Ich habe ja vorhin in meinem Eingangsstatement versucht, darzulegen, dass ich, wenn es überhaupt jemand neben dem Abteilungsleiter - damals dem Herrn Hohlefeld - gab, der unmittelbarsten, jederzeitigen Zugang zu Herrn Töpfer hatte, das war, und nicht, weil er mich in die Ecke gestellt hätte, sondern - ich sage es jetzt mal etwas unbescheiden - weil er auf meinen Rat und meine Zuarbeit

offenbar doch erheblichen Wert gelegt hatte. Sonst wäre ich auch wahrscheinlich nicht Geschäftsführer für diese erste Konsensrunde - im Grunde der Strippenzieher, um es mal so zu formulieren - für das Management geworden, oder er hätte mich nicht dazu eingesetzt. Er hätte sicherlich nicht auch mich, wenn das so gewesen wäre, noch zu seiner Amtszeit in 94 zum Leiter der Unterabteilung dort gemacht, wenn er sagt: Das ist ein Hardliner, den verbrennen wir am besten, oder was auch immer; jedenfalls: den möchte ich nicht sehen.

Also, mein Eindruck - und durch diese Tatsachen, denke ich, durchaus nachvollziehbar - war, dass ich ein von Herrn Töpfer sehr geschätzter fachlicher Mitarbeiter war. Und an diesem Eindruck hat sich - aus meiner Sicht jedenfalls - mit der Amtsübernahme von Frau Merkel gar nichts geändert.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Jetzt werden Sie aber - - Ich meine, ich weiß selbst aus leidvoller Erfahrung, dass *Spiegel*-Redakteure nicht immer das Richtige schreiben,

(Zuruf von der CDU/CSU: Hört!
Hört!)

aber Sie werden trotzdem in diesem Artikel ausdrücklich genannt. Ich zitiere:

Steinkemper ist Mitverfasser eines internen Strategiepapiers, das sich wie eine nuklear-politische Kriegserklärung liest ...

Also müssen Sie ja doch in irgendeiner - - Ich möchte vor allen Dingen wissen, wer dieses Papier verfasst hat -

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Ute Vogt (SPD): - und in welcher Form Sie da gearbeitet haben.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich weiß auch nicht, ob das dort genannte Papier dieses Papier ist, was Sie mir hier vorgelegt haben. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Ute Vogt (SPD): Davon gehe ich aus.

(Zuruf von der CDU/CSU: Muss man aber nicht zwingend!)

- Doch, muss man im Grunde,

(Zuruf von der CDU/CSU:
Nein!)

weil es zitiert ist. Es finden sich Zitate im Artikel, die auch in diesem Papier zu finden sind. Insofern ist es schon das Papier, das wir gemeint haben. Es ist halt ein ungewöhnlicher - -

Ist es ein gewöhnlicher Vorgang, dass man Materialien findet, wenn Sie das Deckblatt nehmen, wo praktisch nur BMU draufsteht und nicht mehr erkennbar ist, wer der Verfasser ist? War das in Ihrem Hause üblich?

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, üblich und nichtüblich - ich glaube, das ist nicht der richtige Terminus dafür. Ich denke, Sie waren ja auch mal Parlamentarische Staatssekretärin, Frau Abgeordnete, im Hause BMI. Da wird es sicherlich Papiere gegeben haben, die die Stelle ausgewiesen haben, ohne dass die Verfasser aufscheinen. Da gibt es auch andere Papiere. Das mag Gründe haben in der jeweiligen Sicht; da mag ich nicht drüber spekulieren. Aber von „üblich“ und „unüblich“ möchte ich in dem Zusammenhang nicht reden. Es mag sein, dass ich an diesem Papier irgendwann vielleicht - wie gesagt, mir ist es nicht erinnerlich - mitgewirkt habe oder einen Beitrag geliefert habe. Irgendwie muss das Papier ja zustande gekommen sein innerhalb des Hauses oder in der Abteilung, sodass es durchaus sein kann - das kann ich gar nicht ausschließen -, dass ich daran mitgewirkt habe oder Beiträge geliefert habe. Aber ich weiß es einfach nicht mehr.

Ute Vogt (SPD): Darf ich Sie mal fragen: Haben Sie - es gibt verschiedene Fundstellen dieses Papiers - auf der Ihnen vorliegenden Version über dem Datum ein Kürzel stehen?

Zeuge Hubert Steinkemper: Was habe ich?

Ute Vogt (SPD): Ein Kürzel. Wir haben das Problem, dass wir eine - - Ich würde es gerne mal dem Zeugen vorlegen, ob der das Kürzel erkennt.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, hier ist kein Kürzel drauf.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Ute Vogt (SPD): Ja, bei mir auch nicht, aber er hat jetzt eine Ausgabe, wo ein Kürzel zu sehen ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Vielleicht hat da ein Kind draufgemalt!)

Uns würde einfach interessieren, wer dieses Papier zu verantworten hat, weil es einfach entscheidend ist, auch für die Frage der - - Wenn man es noch lesen kann.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, mein Kürzel ist es jedenfalls nicht.

Ute Vogt (SPD): Ja, das hatte ich jetzt fast vermutet. Es hätte ja sein können, dass es Ihnen bekannt vorkommt. Vielleicht haben Sie ja, wenn wir namentlich abstimmen gehen, die Zeit, da noch mal nachzudenken.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja, aber ich möchte jetzt nicht spekulieren und sagen: Könnte sein, dass - -

Ute Vogt (SPD): Nein, aber vielleicht kann man das rausfinden. Das wäre einfach für uns wichtig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar.

Zeuge Hubert Steinkemper: Aber vielleicht lassen Sie mich noch eine Anmerkung zu dem *Spiegel*-Artikel machen.

Ute Vogt (SPD): Gerne.

Zeuge Hubert Steinkemper: Da wird immer ein Beamter, der sich gut auskennt, zitiert, mit Aussagen referiert. Es wäre schön, wenn dieser Anonymus sich zu erkennen geben würde, und dann könnten Sie ihn hier im Ausschuss ja auch mal befragen.

Ute Vogt (SPD): Nichts lieber als das.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, tut mir leid. Ich kann dazu leider nichts sagen, weil das Unterstellungen aus meiner Sicht sind, die nicht zutreffen. Von daher kann ich sie auch schlecht kommentieren.

Ute Vogt (SPD): Okay. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt zunächst an die FDP-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Brunkhorst.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Steinkemper, ich möchte noch mal so ein bisschen die Relationen der verschiedenen Gesprächsrunden abfragen, und zwar: Wir befassen uns ja hier mit diesen hochrangigen Gesprächen, wo dann eben auch die damalige Umweltministerin teilgenommen hatte, Herr Rexrodt und die EVU. Da gab es ja drei hochrangige Gespräche. Die Daten liegen ja auch vor: einmal im Juni 96, im Dezember 96 und im Januar 97. Und da wird ja jetzt - - Es sind ja so Begrifflichkeiten. Einmal spricht man ganz generell von den Energiekonsensgesprächen, wo ja auch Ministerpräsidenten sich mit eingebracht haben, und bei diesen hochrangigen Gesprächen wird das Ganze dann so etwas reduziert auf die Gorleben-Konsensgespräche. Das passiert natürlich mit einer gewissen - glaube ich auch - Absicht, dass man sagt, da wurde wahrscheinlich nur über Gorleben gesprochen.

Können Sie mir sagen, welchen Anteil bei diesen Gesprächen, wo Sie ja ganz augenscheinlich dabei waren, diese Gorleben-Frage überhaupt gespielt hat und welche anderen Anteile in diesen Gesprächen eine Rolle gespielt haben?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja, vielleicht noch mal kurz eingangs: Sie hatten ja darauf hingewiesen, dass es mehrere Gesprächsrunden zu verschiedenen Zeitpunkten gegeben hat. Ich hatte die Gesprächsrunde aus 93 - unter Leitung Töpfer/Rexrodt, Ministerpräsident Schröder auf der anderen Seite Leiter - ja erwähnt, und diese erste Gesprächsrunde war eine Energiekonsensrunde, die den Namen so trug und den zu Recht auch getragen hat, verdiente, weil diese Gesprächsrunde wesentlich breiter aufgestellt war, über den Bereich der Kernenergie hinaus. Da gab es sogar Arbeitsgruppen, die sich mit Transporten und Vermeidung von unnötigen Transporten auf der Straße beschäftigt haben und Ähnlichem. Und dementsprechend auch breit aufgestellt, was die Teilnahme von Vertretern der Interessengruppen angeht. So war zum Beispiel Frau Undine von Blottnitz für die Grünen, die EP-Parlamentsabgeordnete, mit dabei. Joschka Fischer war dabei für die Grünen,

aus Landessicht damals in Hessen. Also breit aufgestellt. Nachher bröckelte das. Aber das war die Grundidee, ein riesiges Rad zu schlagen. Hat nicht geklappt im Ergebnis, wie ich ja vorhin dargelegt habe.

Und dann gab es den weiteren Versuch - ich meine, das wäre 95 gewesen, relativ, zu einem Zeitpunkt, wo Frau Merkel noch nicht besonders lange im Amt war -, hier doch wieder die Dinge in Bewegung zu bringen. Aber wenn ich das recht erinnere - aber da bin ich mir nicht mehr so hundertprozentig sicher -, war das nicht so breit angelegt wie die erste Runde.

Was aber auch war - und daran erinnere ich mich, weil ich die Gesichter noch vor mir sehe; an Gesichter kann ich mich besser erinnern als an das, was gesagt wurde, in jedem Fall, also, ich habe ein stark visuell geprägtes Gedächtnis; das kommt hinzu -, dass an diesen Gesprächen beispielsweise seitens der SPD der Ministerpräsident Schröder teilgenommen hat, der Herr Lafontaine als Parteivorsitzender. Auf der Unionsseite kann ich mich erinnern an den damaligen Ministerpräsidenten Biedenkopf und Ministerpräsident Stoiber, also eine ganz, ganz hochrangige Gruppe. Aber ob da nun die Energieversorger auch so mit am Tisch gewesen sind? Ich meine, eher nein. Aber bitte, die Erinnerung mag trügen. Jedenfalls war es wesentlich enger aufgestellt und auch im Themenbereich auf den Kernenergiebereich im Wesentlichen eingestellt im Vergleich zu der ersten Runde, und diese Runde hat ja nun 95 dann letztendlich auch nichts Entscheidendes hervorbringen können.

Dann gab es den jetzt von Ihnen angesprochenen letzten und dritten Versuch, der sich ja so im Jahre 96 entwickelt hat.

Jetzt habe ich mir die Akten, was ich ja gerade sagte, im Vorfeld der heutigen Zeugenvernehmung noch mal angeschaut und auch Zeitungsberichte abgeheftet gefunden, und da ist mir das so ein bisschen wieder gedämmert: Wie war denn damals die Situation? Die Situation war ja damals unter dem Gesichtspunkt „Wie sieht es in Deutschland aus mit der Wirtschaft und Industrie?“ nicht die rosigste. Und eines kam hinzu: die sogenannte Kohlekrise. Kohlekrise hat es ja viele gegeben. Ich hatte ja vorhin erwähnt, dass man sich in der Energiekonsensrunde 93 insbesondere auch mit der Kohle beschäftigt hat und damit, wie es mit der Kohle weitergeht, was ja dann in dem Artikelgesetz 94 trotz Scheiterns auch seinen Niederschlag

gefunden hat. Der eine oder andere von Ihnen wird sich sicherlich daran erinnern, dass in den 90er-Jahren dann eine riesige Protestwelle der betroffenen - möglicherweise betroffenen - Bergarbeiter ins Rollen kam von heute auf morgen, mit entsprechenden Demonstrationen im Regierungsbezirk, in der Bannmeile in Bonn. Das, meine ich, sei in der Zeit gewesen, sodass man vermuten kann - ohne dass ich das jetzt belegen kann, aber beim Aktenstudium ist mir das so durch den Kopf gegangen -, dass dieser Punkt sicherlich auch ein wesentlicher Aspekt war, es noch mal mit einer Konsensrunde zu versuchen.

Ich kann jedenfalls nachvollziehen - - Ich hatte ja gesagt, Ministerpräsident - der damalige Chef der Staatskanzlei - Clement war 93 dabei, auch unter diesem Aspekt speziell, und die Verantwortung, die er in 95, in 96 trug, war ja noch größer geworden.

So, das war, wenn ich mir die Zeitungen angucke und versuche, das noch mal in einen größeren politisch Zusammenhang zu stellen - „vermutlich“ muss ich sagen; wie gesagt, ich habe keine feste Erinnerung daran, aber vermutlich -, ein Aspekt, der da eine Rolle gespielt hat.

Und schließlich dann auch der Gesichtspunkt: Irgendwie muss es doch, wenn möglich, gelingen, nicht mehr gegeneinander zu kämpfen, sondern miteinander am selben Strang zu ziehen, auf den man sich verständigt hat. Das war so aus meiner Sicht die Befindlichkeit, die Ende oder in der zweiten Hälfte 96 und Ende 96 auch politisch ausgeprägt war auf den verschiedenen Seiten, und zwar bei maßgeblichen politischen Repräsentanten auf den verschiedenen Seiten, sodass das für mich eine - -

Bei den Energieversorgern war es dann wohl auch so unter dem Gesichtspunkt: Ja, wie können wir die Dinge kanalisieren unter dem Gesichtspunkt auch Kosten natürlich - Sicherheit und Entsorgung müssen gewährleistet sein -, wie kann man da weiterkommen, gemeinsam weiterkommen - so die Melange - und nicht nur gegeneinander arbeiten, und zum Schluss fahren sie alle die Dinge gegen die Wand? - So habe ich das auch aus der jetzt politischen Erinnerung durch diese Zeitungsartikel, die ich jetzt diese Tage gelesen habe, noch mal bestärkt wahrgenommen als den Hintergrund.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Steinkemper, darf ich Sie weiter fragen: Es hat ja

eine Arbeitsgruppe gegeben, die diese drei Gespräche, die ich Ihnen jetzt genannt hatte - 96 zwei und eines Anfang 97 -, eine Arbeitsgruppe, die ja breit auch sozusagen die verschiedenen Bundesämter mit einbezogen hat, Fachämter mit einbezogen hat: BfS, DBE, BGR usw. Und die haben ja diese Arbeitsvorlage erarbeitet auch zur sogenannten Kostenoptimierung für das Endlagerkonzept. Da hat es ja damals zwei Optionen gegeben, einmal zu sagen: Ja gut, wir sind ja bei Konrad schon kurz vor der Planfeststellung, und bei Gorleben sind wir noch bei dem Erkundungsstandort.

Die Frage an Sie: Diese beiden - - Oder es gab ja mehrere Berechnungen dort auch. Ich verweise hier auf MAT A 218, Band 8, Seite 270. Da gab es ja mehrere Überlegungen. Können Sie sich an diese unterschiedlichen Überlegungen noch erinnern aus Ihrer Sicht, welche Dinge man überlegt hat?

Zeuge Hubert Steinkemper: Darf ich noch mal ein bisschen genauer fragen, auf was für eine Unterlage zu welchem Zeitpunkt Sie sich beziehen?

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, das ist - - Ich beziehe mich auf eine Unterlage, die auf jeden Fall in dem Zeitpunkt erstellt worden sein muss vor dem 5. Dezember 96. Ich habe eben gerade die Fundstelle genannt.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich weiß nicht, was darin steht. Insofern weiß ich nicht, ob ich mich daran erinnern kann. Aber wenn Sie mich gefragt hätten jetzt: „Kannst du dich erinnern an solche Gespräche, wo Kostenüberlegungen und -varianten durchgespielt werden? Hast du da teilgenommen, und kannst dich an Detailnamen, kannst du dich an solche Namen erinnern?“, dann wäre die Antwort Nein gewesen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann fragen wir da in der nächsten Runde weiter. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Fraktion Die Linke. Bitte schön, Frau Kollegin Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Steinkemper, die Frage der Entsorgung hängt ja unmittelbar auch zusammen mit der Frage der Menge des Mülls. Es gab damals, wenn ich das

recht erinnere, durchaus auch eine Debatte der Frage, ob weitere neue Kernkraftwerke gebaut werden sollen oder ob man darauf verzichten solle. Und der Verzicht auf eine Neubauoption wurde damals schon als Ausstieg postuliert, und man befürchtete - das habe ich hier jetzt auch in Papieren gelesen - einen technischen Fadenriss, wenn man da Wissensverlust oder Know-how-Verlust riskieren würde.

Haben Sie sich damals in ähnlicher Weise zum Beispiel für die EPR-Technik eingesetzt, für den Neubau von AKWs, oder wie ist das bei Ihnen im Haus und auch von Ihnen gesehen worden?

Zeuge Hubert Steinkemper: Danke schön, Frau Abgeordnete. - Ich hatte ja eingangs erwähnt, dass dieser Bereich ein wesentlicher Punkt der Konsensgespräche in 93 zu Töpfers Zeiten gewesen ist. Ich hatte auch erwähnt, dass sie, obwohl diese Gespräche dann gescheitert sind, nicht zu Ende geführt werden konnten, sie aber in dem Punkt einen gesetzlichen regulatorischen Niederschlag gefunden haben in der Novelle von 94, dem sogenannten Artikelgesetz, Kohleteil/Kernenergieenteil. Der Kernenergieenteil war, wie gesagt, diese neue Regelung, der § 7, 2 a, den ich damals selbst auch mitformuliert habe. Aber wenn Sie mich jetzt heute fragen würden: „Wiederholen Sie den mal“, hätte ich etwas Schwierigkeiten, die Regelung - -

Jedenfalls: Das war dann eine neue Anforderung. Ich bin kein Kernenergiefachmann oder kein Ingenieur oder Chemiker. Ich bin Jurist und habe die Anforderung so formuliert, wie es nach meiner Einschätzung erstens gemeint war und wie die Regelung dann auch lautete, nämlich entscheidend hohe Ansprüche, den Nachweis, den Schaden auf die Anlage selbst zu begrenzen. Ich habe mir dann damals gesagt: Na ja, ob das wirklich möglich ist - du kannst das nicht beurteilen. Aber wenn das die Maßgabe ist, dann soll es mir aus meiner Befindlichkeit als zuständiger Fachbeamter, aber auch als Staatsbürger recht sein. Wenn das gelingt, wäre ja prima. - Ob es gelingt, ist eine andere Frage, habe ich mir damals gedacht, weil, das war ja noch relativ in den Anfängen, die Entwicklung dieses Projekts, die dann in den Folgejahren - das hatten wir ja vorhin schon mal erwähnt - weitergeführt wurde, 97 dann, sogenanntes Basic Design. Es war schon für mich zu erkennen - ich war ja zuständiger Unterabtei-

lungsleiter für den Bereich -, dass nach meinem Eindruck jedenfalls die Geneigtheit, das weiterzuführen oder von dieser Option Gebrauch zu machen, alsbald bei den Energieversorgern sich nicht verstärkt, sondern eher abgeschwächt hatte. Das mag mit möglichen Kosten zusammenhängen. Das mag aber auch - für mich eine in dem Zusammenhang eher nachvollziehbare Erklärung, weil die Kosten waren ja gar nicht absehbar, für mich jedenfalls nicht und für andere auch nicht - unter dem Gesichtspunkt: „Brauchen wir die denn überhaupt - wir als Energieversorger - für die absehbare Zukunft als weitere Option im Sinne von ‚tatsächlich errichten‘, um die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen?“ - -

Je nachdem, wie Sie die Laufzeiten bei den bestehenden Reaktoren einschätzen - aus damaliger Sicht, Mitte der 90er-Jahre; um den Zeitraum geht es ja -, dann konnte man schon aus Sicht der EVU zu einer Überlegung kommen, die sagt: Na ja, also die Versorgungssicherheit, neue Kraftwerke müssen wir bis auf Weiteres nicht bauen.

Wenn Sie sich das mal angucken: Auch die Kohlekraftwerke - - da ist ja dann doch über einen langen Zeitraum nichts Neues gebaut worden, einfach schlicht unter dem Gesichtspunkt: Wir brauchen sie noch nicht, und die Versorgung ist auch so gewährleistet.

Ein Stichwort in dem Zusammenhang noch mal: Laufzeiten von Kernkraftwerken. Ich hatte berichtet, dass das ein Thema war in der Konsensrunde unter Leitung Töpfer. Ich muss sagen: Ich selber war einer der größten Befürworter und Treiber unter dem Gesichtspunkt: Begrenzt die Laufzeit! - Aber diese Laufzeitbegrenzung war nicht zustande gekommen. Faktum also: Zum Zeitpunkt Mitte der 90er-Jahre gab es keine Laufzeitbegrenzung. Von daher könnte ich nachvollziehen, wenn sich der eine oder andere Energieversorger überlegt hat: Na ja, eigentlich brauchen wir bis auf Weiteres oder in absehbarer Zukunft diesen neuen Reaktor als neue Anlage nicht. Von daher müssen wir jetzt auch nicht unbedingt so großen Wert darauf legen, dass diese Anlage schnellstmöglich entwickelt wird.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also stellte sich dann damals Mitte der 90er-Jahre die Situation eher so dar, dass die Energieversorger - das findet man auch in einem Brief von Herrn Majewski vom Bayernwerk,

MAT A 221, Band 4, Paginierung 477245 - eher zurückhaltend waren und die treibende Kraft dann doch eher in dem Umweltministerium oder im politischen Bereich zu suchen war.

Aber wie erklären Sie dann - - Also, wir haben jetzt mal die uns vorliegenden Dokumente etwas genauer durchforstet und haben festgestellt, dass die zu erwartenden Abfallmengen, für die man ja nun ein Endlager suchen wollte - darum ging es ja nun im Prinzip in dem Verfahren um Gorleben -, sich dann Mitte der 90er-Jahre auf einmal in den Papieren, die uns vorliegen, halbierten, von mal ursprünglich 1 Million Kubikmeter auf dann noch rund 450 000. Das hat ja sicherlich auch was damit zu tun, ob man weiter auf die Option Atomenergie setzte oder nicht.

Können Sie da noch mal Ausführungen machen, wie das einfach geschehen konnte, gerade wenn ein Ministerium ja dann doch offensichtlich eher auf Neubau und Erweiterung der Technik setzt?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja, vielen Dank. - Ich möchte doch eines noch mal ein bisschen verdeutlichen. Die Annahme oder die Einschätzung, dass - so habe ich Sie gerade verstanden - die Entwicklung einer neuen Reaktorlinie ein Herzensanliegen der Abteilung RS oder von mir gewesen sei, die wäre unzutreffend. Die Einschätzung war: Es kamen von der Industrieseite, es kamen von der kerntechnischen Entwicklung neue Konzepte, dass von dort aus, also von denjenigen, die das industriell und entwicklungsmäßig verantworten - Forschung und Entwicklung und Industriebereich -, eine Affinität für dieses Thema mit Sicherheit Anfang der 90er-Jahre vorhanden war - das ist überhaupt kein Zweifel - und auch in den Folgejahren. Dass wir - so habe ich meine Rolle jedenfalls gesehen - - Meine Aufgabe als zuständiger Ministerialbeamter habe ich darin gesehen, wenn diese Entwicklung so kommt, sie zu begleiten. Und was heißt begleiten? Begleiten heißt für jemanden, der eine Unterabteilung „Sicherheit kerntechnischer Einrichtung“ leitet, dafür zu sorgen, dass diese Begleitung unter sicherheitstechnischen Sicherheitseinschätzungen stattfindet, und zwar möglichst auch im Vorfeld schon, weil sich ja bei manchen Projekten herausstellt, bei denen mit viel Begeisterung herangegangen wird, dass man - ich rede jetzt von - - das mag einen x-beliebigen Bereich betreffen, das hat mit Kernenergie

nichts zu tun - jedenfalls unter normalen Umständen gut beraten ist, eine solche Begleitung frühzeitig in Gang zu setzen und nicht, wenn das Ei schon gelegt ist oder das Kind geboren ist, man dann feststellt: Na ja, eigentlich hätte das Kind dann doch eigentlich anders aussehen müssen. - Aber dann ist es im Grunde möglicherweise vom Zeitpunkt her nicht mehr der ideale Zeitpunkt, einzugreifen, weil der Vorlauf schon zu stark war.

So war die Befindlichkeit unter dem Gesichtspunkt „Wie hat sich die Abteilung RS oder ich auch persönlich mit dieser Frage befasst?“ dargestellt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende der ersten Berliner Runde. - Ach, die Grünen noch. Entschuldigung. Das geht gar nicht. Frau Kotting-Uhl, das Rederecht geht an Sie.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das häuft sich, Frau Vorsitzende. Das ist nicht das erste Mal.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ach, unglaublich. Ich bitte da sehr um Verzeihung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahrscheinlich können Sie sich gar nicht vorstellen, dass wir die kleinste Fraktion sind und deshalb immer am Ende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vermutlich ist es das. Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Steinkemper, ich will noch mal auf den *Spiegel*-Artikel kurz zurückgehen. Da war ja hier schon Einigkeit, der ich mich gerne anschließen, dass sich alle von uns wahrscheinlich schon geärgert haben über Artikel, und die ja auch oft schön so dargestellt werden, dass sich versteckt wird hinter Behauptungen von irgendjemand anderem. Wir haben hier in diesem *Spiegel*-Artikel auf der Seite 20 zum Beispiel so eine Aussage:

Atomjurist Schneider fiel in Kollegenkreisen schon durch „unsinnige Weisungen“ und „ideologisch verbiesterte Briefe“ auf.

Das ist dann zitiert. Dann versteckt man sich hinter den Kollegenkreisen. Das heißt, da macht sich dann der Autor unangreifbar.

Wir haben aber direkt danach eben diesen Satz:

Steinkemper ist Mitverfasser eines internen Strategiepapiers ...

Da wird sich hinter niemandem versteckt, das wird als Fakt dargestellt. Wir alle können aus den eigenen Erfahrungen davon ausgehen, dass das dann auch stimmt, weil sonst würde sich der *Spiegel* angreifbar machen, und Sie hätten vermutlich auch dagegen protestiert, wenn das nicht so gewesen wäre.

Dass dieses Papier, was hier erwähnt wird, tatsächlich das ist, was uns unter „Position zur weiteren Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie“ vom März 1995 vorliegt, das zeigt sich an Zitaten, die hier wörtlich sind, zum Beispiel, wo es um diese unabhängige Gutachterkommission geht. Da steht hier wörtlich, es könne sich ja Punkt, Punkt, Punkt

um „ein im Zweifel pluralistisch besetztes Gremium“ handeln,

- das ist zitiert -,

das liebgewordene Einrichtungen wie die atomfreundliche Reaktorsicherheitskommission

- jetzt kommt wieder Zitat -

„desavouieren und damit letztlich funktionsunfähig machen könnte“.

Das sind wörtliche Zitate aus diesem Papier. Also gehen wir davon aus oder können auch berechtigt davon ausgehen, dass es dieses Papier ist, und auch, dass Sie ein Mitverfasser sind.

Jetzt würde ich mich über dieses Papier gerne mit Ihnen unterhalten, und die Frage ist, ob Sie vielleicht eine Lesepause brauchen, um es mal durchzulesen. Vielleicht nähert sich dann die Erinnerung an dieses Papier wieder. Würde uns das helfen?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich möchte aber vorher noch eines deutlich machen, und zwar auf das hinweisen, was ich bisher zu diesem Punkt ausgeführt habe. Ich habe ausgeführt, dass ich keine Erinnerung an dieses Papier habe und auch nicht mich erinnern, aktiv konkret daran erinnern, daran Beiträge geleistet zu haben oder es geschrieben zu haben oder mitverfasst zu haben. Ich schließe es aber auch nicht aus, dass das so gewesen sein könnte, -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, deswegen meine ich ja, das Lesen hilft vielleicht.

Zeuge Hubert Steinkemper: - weil das betrifft ja den Bereich der Kernenergie. Da hatte ich eine Mitzuständigkeit. Das mag sein. Aber wenn Sie mich fragen: „Erinnern Sie sich dran?“, dann ist die Antwort: nein.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, deswegen war ja jetzt mein Vorschlag, dass wir eine kleine Lesepause machen, Sie das lesen, weil dann die Erinnerung vielleicht kommt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir müssen sowieso runter zur Abstimmung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es ist ohnehin Abstimmung. Wollen Sie noch die - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerade den Satz noch fertig machen, bitte. - Es ist schon sehr naheliegend, dass - auch nachdem Sie uns vorhin Ihre Zuständigkeiten aufgeführt haben und hier just sehr viele Punkte genau das betreffen - man Sie da zugezogen hat. Also, das würde man schon - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Das schließe ich ja gar nicht aus.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann können wir es ja jetzt so machen.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich weiß es nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie lesen dieses Papier durch, wir gehen abstimmen, und dann unterhalten wir beide uns darüber.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Ich schließe die Sitzung, und wir gehen abstimmen.

(Ute Vogt (SPD): Und die Vorsitzende bittet vielleicht

noch offiziell die Bundesregierung, rauszufinden, was das für ein Kürzel ist, weil wenn nur wir sagen: „Machen Sie es bitte!“, reicht es vielleicht nicht!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Wenn die Bundesregierung sich dazu in der Lage sieht, herauszufinden, was das für ein Kürzel ist, wäre das schön. Versuchen Sie es doch mal.

Gut, dann schließe ich jetzt die Sitzung, und dann fangen wir möglichst zügig nach der namentlichen Abstimmung wieder an.

(Unterbrechung von 17.10 bis
17.51 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann wollen wir mit unserer Befragung fortfahren.

Herr Steinkemper, Sie hatten Gelegenheit, das Dokument anzusehen. - Das Frage-recht ist bei den Grünen mit gut drei Minuten. - Zunächst Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Also, es scheint eine gewisse, freundlich formuliert, Unwilligkeit zu geben aus den Ministerien, sich da ernsthaft auf die Suche nach dem Urheber des Kürzels zu machen bzw. den Urheber des Gesamtpapiers. Ich denke aber, dass wir einen Anspruch darauf haben, und wenn es - - Wir können ja auch einen Beweisantrag machen und dieses ganze Gekaspere - - Oder wir können auch die Minister persönlich alle anschreiben. Aber Fakt ist: Vor der Hennenhöfer-Vernehmung brauchen wir definitiv Auskunft, wer der Autor dieses Papiers ist, und wenn Sie den Herrn Hennenhöfer selber fragen; das ist mir gerade egal. Aber ich finde, dass der Ausschuss einen Anspruch hat, zu wissen, wer das damals verfasst hat, weil da entscheidende Dinge drinstehen.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
Beweisantrag!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, unsere Verfahrensregeln sind selbstverständlich kein Gekaspere. Das hatten wir niemals so gedacht.

Ich frage mal die Bundesregierung: Herr Kühne, sehen Sie da Probleme, das herauszufinden und diese Paraphe zu identifizieren, möglicherweise nicht jetzt sofort, aber doch

deutlich vor der Vernehmung des Herrn Hennenhöfer? Wenn wir dazu jetzt in eine ausführliche Beratung eintreten sollten, müssten wir das im Rahmen einer Beratungssitzung machen. Wenn Sie darauf aber jetzt relativ prägnant antworten, können wir das jetzt eben in öffentlicher Sitzung machen. Bitte schön, Herr Kühne.

RD Walter Kühne (BMU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Also, wir haben uns mitnichten hier geweigert, am Lesen dieser -

(Ute Vogt (SPD): Das habe ich
nicht gesagt!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie doch mal jeweils die Ausführungen beendet sein. - Herr Kühne.

RD Walter Kühne (BMU): - Paraphe mit-zuwirken. Wir von unserer Seite aus können sagen, dass wir die Paraphe nicht kennen. Insoweit stellt sich für mich einfach die Frage: Wollen Sie, dass wir in unseren Ministerien - - Und ich gehe mal persönlich davon aus: Das wird wahrscheinlich eine Paraphe eines Mitarbeiters im BMWi sein, weil es sich um eine BMWi-Unterlage hier handelt, oder es ist zumindest in einer BMWi-Akte gewesen. Wollen Sie, dass wir da - -

(Dr. Matthias Miersch (SPD):
Es geht um die Urheberschaft!)

- Ja, ich fange ja erst mal mit der Paraphe an. Es war ja auch Ihr Wunsch, dass die Paraphe sozusagen lesbar gemacht wird. - Ich würde sagen, wir nehmen den Wunsch gerne mit und werden versuchen, dafür eine Lösung zu finden. Das ist 1995. Gut, da muss man jemanden finden, der sich vielleicht noch daran erinnern kann.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, aber wir haben ja jetzt die Sommerpause vor uns. Wir tagen ja das nächste Mal erst wieder Mitte September, und von daher ist es ja bis dahin vielleicht möglich.

RD Walter Kühne (BMU): Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es wäre schön, wenn Sie so schnell wie möglich dann hier eine Nachricht geben könnten, ob Sie was gefunden haben, bzw. wenn Sie definitiv nichts finden können, dann wäre

auch das eine Nachricht, über die wir froh wären.

RD Walter Kühne (BMU): Werden wir tun.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, vielen Dank. - Dann ist jetzt das Fragerecht tatsächlich wieder bei den Grünen mit 3.44 Minuten ganz genau noch. Bitte schön, Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, Herr Steinkemper, ich wollte mich ja über das Papier mit Ihnen unterhalten. Sie haben es jetzt gelesen und erinnern sich auch daran?

Zeuge Hubert Steinkemper: Woran soll ich mich erinnern? Entschuldigung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass es dieses Papier gab und dass Sie daran mitgearbeitet haben.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, die Frage ist präzise wie folgt zu beantworten: Es läge nahe, dass ich dieses Papier damals gesehen habe, weil es ja offenbar mit der Bezeichnung BMU hier Positionen - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie mir noch Zeit für eine Frage, bitte.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja, aber ich muss es trotzdem so deutlich sagen, damit da kein Missverständnis aufkommt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also von daher, von der Geschäftsmäßigkeit läge es nahe, dass ich das Papier damals gesehen habe und zur Kenntnis genommen habe. Aktive Erinnerung aus heutiger Sicht habe ich aber daran nicht; das muss ich sagen. Gleichwohl liegt es nahe.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, aber - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Der zweite Punkt: Sind Sie Autor oder Mitautor?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht gefragt.

Zeuge Hubert Steinkemper: Doch, Sie haben doch gerade „Mitverfasser“ gesagt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, ja, ich habe gesagt: Ich gehe davon aus.

Zeuge Hubert Steinkemper: Sie haben doch gefragt - - Ja gut, wenn Sie davon ausgehen, dass ich es mit verfasst hätte, dann muss ich diesem Davon-Ausgehen widersprechen. Sie haben mir Gelegenheit gegeben, das Papier mir anzuschauen, -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hubert Steinkemper: - und an verschiedenen Stellen ist mir klar geworden, dass solche Formulierungen nie von mir gekommen wären, und zwar sehr unwahrscheinlich gekommen wären, so muss ich mal sagen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, Herr Steinkemper, zitieren Sie mir die jetzt bitte nicht. Ich habe kaum mehr Zeit.

Zeuge Hubert Steinkemper: Gut. Also, ein Beispiel.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich nehme die Antwort so an.

Zeuge Hubert Steinkemper: Propagieren - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie mich jetzt bitte eine Frage stellen, auf die Sie mir noch antworten. Das ist mir jetzt wichtig.

Zeuge Hubert Steinkemper: Aber ich muss das klarstellen, wenn Sie mir das unterstellen. Es tut mir leid.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das ja gehört, Sie sind nicht - - Nein, ich nehme das jetzt an.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Kollegin Kotting-Uhl, wir haben

wirklich Zeit, und dann haben wir noch eine und noch eine Berliner Runde.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber ich habe keine Zeit.

(Eckhard Pols (CDU/CSU):
Doch, Sie haben Zeit!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Doch, Sie haben Zeit. Ich werde darauf achten, liebe Frau Kotting-Uhl, dass Sie alle Fragen anbringen können, die Sie zu fragen wünschen, und der Zeuge hat die Gelegenheit, die Antwort in der Ausführlichkeit vorzutragen, wie er das möchte. - Bitte schön.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich kann das relativ kurz machen. Sie haben mich nach den Inhalten gefragt, wie ich sie bewerte und ob sie mir bekannt wurden und ob sie von mir stammen könnten in der Formulierung. Ich nenne Ihnen zwei, drei Beispiele, die aus meiner Sicht nahelegen, dass ich das Papier jedenfalls nicht verfasst habe, was diese Passagen angeht.

Erstes Stichwort. Da steht drin: Staatliche Förderung muss unbedingt weitergehen. - Ich habe in dem Gesetzentwurf 92, den ich verfasst habe mit meinen Mitarbeitern, genau das Gegenteil reingeschrieben - Wegfall des Förderzwecks -, und zwar aus Überzeugung, und das ist auch in der Runde 93 im Konsens zusammen mit meinem Minister so vertreten.

Ein zweiter Punkt. Stichwort: Moratorium Gorleben. Das wird ja hier sehr negativ beurteilt. Dieses Moratorium Gorleben war ein zentraler Punkt - natürlich im Gesamtgefüge - schon in dem Entwurf des Konsenspapiers - das kann man dort nachlesen - 1993.

Dritter Punkt. Stichwort: Laufzeiten. Hier in dem Papier wird es insinuiert: Ach, das mit den Laufzeiten ist eigentlich gar nicht so eine tolle Idee. - Ich, 93 - das habe ich vorhin gesagt -, war extremer Befürworter von Laufzeiten, und zwar relativ kurzen, also 30 Jahre, nicht 40 Jahre oder so was, sehr zum Missfallen meines Chefingenieurs damals - ich habe ihn immer „Chefingenieur“ genannt -, dem technisch zuständigen Kollegen meiner eigenen Unterabteilung. Ich könnte die Beispiele erweitern; aber ich wollte doch deutlich machen und einen Anhaltspunkt dafür geben, wieso ich die Einschätzung

habe, dass ich das nicht geschrieben haben kann. Tut mir leid.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann muss ich Sie direkt im Anschluss noch etwas fragen in Bezug auf diesen *Spiegel*-Artikel.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, wie gesagt, immer aus der Erinnerung heraus.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Aber Sie haben ja vorhin gesagt, Sie erinnern sich an diesen *Spiegel*-Artikel, und hatten den auch noch im Kopf und haben sich über den geärgert. Wenn da drinsteht: „Steinkemper ist Mitverfasser eines internen Strategiepapiers“, und Sie sagen jetzt, wenn Sie das so lesen, können Sie das gar nicht gewesen sein, und Sie haben sich über diesen Artikel geärgert, warum haben Sie dann nicht protestiert?

Zeuge Hubert Steinkemper: Bei wem?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beim *Spiegel*.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Zeuge Hubert Steinkemper: Ach Gott.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Was gibt es da zu lachen? Das ist ein Medium, was unheimlich breit gelesen wird.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Sie mussten da noch nie protestieren?)

- Doch, ich habe beim *Spiegel* schon protestiert, Entschuldigung.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Was ist daraus geworden? -
Heiterkeit bei der CDU/CSU)

- Jenseits dieses dämlichen Gelaches kann ich Ihnen das gerne alles mal erzählen. Das ist aber eine längere Geschichte und ist jetzt nicht Gegenstand der Befragung, sondern warum er das nicht gemacht hat. Das habe ich nicht Sie gefragt, sondern ihn.

Zeuge Hubert Steinkemper: Gut, dazu darf ich meine Antwort wiederholen, die ich im Verlauf meiner Zeugenvernehmung bereits gegeben habe. Stichwort: Ich habe mich

sehr geärgert. Ich habe den Artikel oder diese Aussagen für unrichtig gehalten, auch aus heutiger Sicht noch. Jetzt fragen Sie mich nicht, ob ich das - - Ich bin mir ziemlich sicher, soweit man sich in der Erinnerung sicher sein kann, dass diese Formulierungen nicht von mir sind. Aber, wie gesagt, ausschließen kann ich das nicht. Das ist 17 Jahre her. Da bitte ich um Verständnis.

Nur, sich dagegen wenden - - Wer ein bisschen Erfahrung hat mit Presserecht und Widerspruchsrecht und Gegendarstellung - und die habe ich damals in der Verfassungsabteilung im BMI gemacht; da war ich nämlich mit solchen Fragen mal unmittelbar befasst und habe dem jeweiligen Minister Rat gegeben oder Rat geben müssen, wie man sich zu solchen Behauptungen verhält -, wer diesen Bereich kennt, der weiß, dass er ohne Not jedenfalls diesen Weg nicht beschreitet, weil er dem Affen dadurch noch Zucker gibt und die Sache perpetuiert und zum Schluss sich darüber ärgert, dass er protestiert hat. Dann ist der Ärger doppelt. Das ist meine Erfahrung. Tut mir leid.

(Dietrich Monstadt (CDU/CSU):
Nichts ist so alt wie die Zeitung
von gestern!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank.

Zeuge Hubert Steinkemper: Im Übrigen: Ich habe mich an den - - Sie sagten, ich hätte mich an den Artikel erinnert. Wenn Sie auf Google gucken, ins Internet, und bei mir nachgoogeln, da steht der Artikel heute noch. Ich weiß nicht, wer das veranlasst hat. Nach 17 Jahren, einer der ersten Punkte, der da steht, ist dieser Artikel. Ich habe das nicht veranlasst, können Sie sich vorstellen.

(Ute Vogt (SPD): Seien Sie
froh! Bei mir steht viel Schlim-
meres! - Heiterkeit)

Aber es stört mich letztendlich auch nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank. - Jetzt wollen wir nicht weiter Erfahrungen austauschen mit der Presse oder sonst wem, sondern das Frage-
recht bezüglich unseres Untersuchungsauf-
trags geht jetzt an die CDU/CSU-Fraktion.
Herr Kollege Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Namens
der CDU/CSU-Fraktion haben wir zurzeit
keinen weiteren Fragebedarf.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das
ist ja ganz wunderbar. - Dann geht das Fra-
gerecht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Okay, ich will mich jetzt
auch nicht allzu lange mit dem Papier befas-
sen, aber noch mal die Frage: Das Papier ist
ja schon insofern ungewöhnlich, nicht nur
von seinem Inhalt und der deutlichen Spra-
che, sondern auch, wie die Aufmachung ist.
Wir haben das jetzt aus verschiedenen Häu-
sern - zumindest BMU und BMWi -, und je-
weils ist eben nur ganz sachlich und nüch-
tern BMU und das Datum und sonst nichts.
Das ist ja nach meiner Erfahrung auch in
Ministerien doch eher ungewöhnlich. Kön-
nten Sie uns sagen, was das für eine - - Also,
es gibt ja auch sogenannte Non-Paper, die
einfach mal so verfasst werden und an ver-
schiedene Menschen mal so zum Gucken - -
Wenn Sie uns da erläutern könnten, wie das
damals war, wenn man was nicht geschrie-
ben hat in Form von - - als Ressort. Gab es
öfter solche Papiere? War das üblich im
Hause, so Ideenskizzen zu verbreiten? Das
würde mich interessieren, weil es doch un-
gewöhnlich ist ohne so ein Rubrum.

Zeuge Hubert Steinkemper: Sie hatten
mich ja in entsprechender Weise vorhin auch
in der ersten Runde schon gefragt. Ich hatte
versucht, eine Antwort darauf zu geben.
Stichwort: Ist das gewöhnlich oder üblich
oder unüblich? Das kann ich nicht bewerten.

Sie haben das Stichwort Non-Paper ge-
nannt, was mir natürlich selbstverständlich
geläufig ist als Stichwort, aber auch als eine
Möglichkeit, Interessen zu vertreten oder für
Dinge zu werben. Das klassische Non-Paper
in dem Sinne, wie ich das kenne, das lässt
niemanden als Aussteller oder Quelle erken-
nen. Und natürlich ist das ein Mittel, was zum
gegebenen Zeitpunkt auch mal berechtigter-
weise oder sinnvollerweise - manchmal stellt
sich erst hinterher raus, ob es sinnvoll war
oder nicht - eingesetzt wird. Das wird auch in
der normalen Ministerialverwaltung - auch in
meinem Verantwortungsbereich - in jeweili-
ger Situation genutzt. Das ist aber nicht der
Regelfall, sondern es ist die Ausnahme, völ-
lig klar. Der Regelfall ist, dass ein Papier, so
es das Licht der Welt erblickt hat, die Ad-
resse - sprich: die Stelle und den Aussteller -

erkennen lässt. Das ist hier nicht der Fall. So kann ich die Frage beantworten.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Ich wollte noch mal zu einem anderen Sachverhalt. Vielleicht erinnern Sie sich daran: Es gab im Jahr 95 noch mal alternative Untersuchungen zu anderen Standorten. Da ging es um andere Bergwerke. Der Kollege Paul hat danach ja auch schon gefragt gehabt. Könnten Sie uns noch mal sagen - man hat damals 41 Standorte untersucht -, was Ihrer Erinnerung nach der Anlass war, eine solche Untersuchung in Auftrag zu geben?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja, da es nicht meine Zuständigkeit war, fange ich jetzt mal an, zu überlegen, was damals der Grund gewesen sein könnte. Also, befasst habe ich mich mit dem Bereich nicht, auch damals nicht.

Ute Vogt (SPD): Auch nicht mit den Ergebnissen?

Zeuge Hubert Steinkemper: Nein. War nicht meine Aufgabe.

Ute Vogt (SPD): Und das heißt: Können Sie uns dann sagen, wie es überhaupt mit dem Thema „vergleichende Standorte“ bestellt war, oder war das auch nicht Ihre Aufgabe?

Zeuge Hubert Steinkemper: Das war nicht meine Aufgabe.

Ute Vogt (SPD): Dann muss ich mal schauen.

Sie haben vorhin aber - ich habe mir ein bisschen mitnotiert, was Ihre Aufgaben waren - unter anderem uns ausführlich berichtet vom Multilateralen Aktionsplan „Sicherheit Atomkraftwerke“. War in diesem Zusammenhang das Thema Endlager auch ein Thema dieses Aktionsplans, oder hat es da auch keine Rolle gespielt?

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, in dem Zusammenhang des Multilateralen Aktionsplans war das Thema Endlager ausdrücklich kein Thema.

Ute Vogt (SPD): Man hat das bewusst ausgenommen, oder können Sie uns - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, ich möchte das mal so formulieren: Wenn ich versuche, mich daran zu erinnern - da ist die Erinnerung relativ konkret, weil ich unmittelbar damit befasst war -, wie das im Vorfeld des Münchner Gipfels 92 vorbereitet war, da war die Situation schlicht wie folgt: Erstens. Es war offenkundig - das zeigten Besuche vor Ort, die früher ja gar nicht möglich waren, in Osteuropa und insbesondere in Russland - - Ich kann mich erinnern: 87 bin ich mal in dem Sicherheitsministerium für Atomkernenergie in Russland gewesen. Da habe ich festgestellt: Die hatten überhaupt keine Akten, geschweige denn, sie konnten Auskünfte geben, und waren auch nicht bereit, irgendwelche Auskünfte zu geben. Da haben wir erste Versuche, Übereinkommen mit denen zu formulieren, gemacht.

Deshalb haben wir uns in gewisser Weise in Bescheidenheit geübt und uns überlegt: Was ist denn realisierbar? Realisierbar vor dem Hintergrund: Da ist Eile geboten. Die Kernkraftwerke, wenn Sie sich da mal in Tschernobyl die noch in Betrieb befindlichen damals angeschaut haben auf der Warte, dann haben Sie sehr negative Feststellungen machen müssen. Also, Eile war geboten, und Not war am Mann. Da musste was getan werden. Das Beste war, die Anlagen abzustellen, natürlich, und nicht nur abzustellen, sondern die Gebiete waren ja auch - zum Beispiel jetzt Tschernobyl - im Umfeld mit Kernmaterialien, die da verstreut wurden, verseucht.

Ute Vogt (SPD): Ja, aber dann muss es - - Gerade deshalb kam ich ja auf die Idee, dass man ja dann auch überlegen müsste: Wo kommt das Zeug dann hin? - Deshalb scheint mir es nicht sehr logisch, dass das Thema Lagerung oder - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Entschuldigung, Sie hatten nach Endlagerung gefragt, und Endlagerung ist ein Unterschied zu „sicher unterbringen“.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, Sie haben sich dann ausschließlich für Zwischenlager - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Von „sicher unterbringen“ war selbstverständlich die Rede: Wie bringen wir das in eine Situation, dass es keinen Schaden mehr anrichten kann? - Das hat aber mit Endlagerung in

dem Sinne, wie wir es hier diskutieren, nichts zu tun.

Ute Vogt (SPD): Okay, gut. - Dann habe ich noch mal eine Frage, wo ich nun aber doch hoffe, dass Sie damit befasst waren. Sie haben vorhin gesagt, Sie hatten das Thema Änderung des Atomgesetzes als eines Ihrer Themen.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja.

Ute Vogt (SPD): Mir geht es noch mal um die Salzrechte. Es ging ja am Anfang darum, dass man die Salzrechte für unabdingbar gehalten hat, und danach gab es einen Meinungsumschwung, dass man auf einmal sagte: Es reicht auch aus, wenn man quasi um die Salzrechte herum erkundet. - Können Sie uns erläutern, wie es zu diesem Meinungsumschwung kam, dass man am Anfang - - Ich gehe davon aus, dass Sie sehr viel Arbeit reinstecken mussten in die Überlegung: Wie kann man an die Salzrechte kommen? - Und dann auf einmal waren sie nicht mehr - - Ja?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja, sehr viel Arbeit. In die Frage: „Wie komme ich an die Salzrechte heran?“ oder „Wie kann ich irgendwas umgehen, mit welchen Mitteln und Maßnahmen aufgrund von Bergrecht oder sonstiger Überlegung?“ war ich überhaupt nicht befasst, weil ich dafür nicht zuständig war.

Ute Vogt (SPD): Ja, aber Sie haben doch gesagt, Sie waren atomgesetzzuständig.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja, das stimmt.

Ute Vogt (SPD): Und eine Änderung des Atom - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Entschuldigung. Um das zu erläutern: Das Ganze ist ja auf einer Zeitachse zu sehen. Das hat sich - - Natürlich habe ich das mitbekommen, dass da Diskussionen im Gange waren, dass da Streit geführt wurde, auch Prozesse usw. Aber es war nicht meine Baustelle, und ich habe mich um diese Fragen auch nicht kümmern müssen und habe mich nicht gekümmert.

Das hat sich geändert, als eine Situation sich dann herausstellte, dass - das habe ich den Akten jetzt wieder entnommen; ist mir auch eingefallen jetzt beim Lesen der Akten - man dann versucht hat, das Bundesberggesetz entsprechend zu ändern. Da hat man aber einen entscheidenden Freund - in Anführungsstrichen - gefunden im Wirtschaftsminister, der sagt: „Versau mir oder störe mein Bergrecht nicht“, und hat das auch fachlich begründet. So.

Die Quintessenz war letztendlich: Gut, wenn man da die Salzrechte in verlässlicher Weise oder absehbarer Weise regeln will, eine Regelung schaffen will, dann bietet sich das Atomgesetz letztendlich als die Stelle an, wo diese Regeln hineingehören, wenn man sich dazu entschließt. Und ab dem Zeitpunkt war ich zuständig, weil es mein - - Was heißt hier „mein“? Für das Atomgesetz liegt die Zuständigkeit, lag die Zuständigkeit in meiner Unterabteilung, und da haben wir uns selbstverständlich um die Schaffung einer solchen Regelung mit Abstimmung usw. gekümmert.

Ute Vogt (SPD): Können Sie uns sagen, wann das dann aufgehört hat, dass Sie sich darum kümmern mussten, wie die Salzrechte - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Das kann ich Ihnen sagen: am 01.05.1998. Da stand das nämlich - - Da war das Gesetz in Kraft getreten, das Änderungsgesetz zum Atomgesetz, also 01.05.1998.

Ute Vogt (SPD): Mit der Enteignungsregelung?

Zeuge Hubert Steinkemper: Bitte?

Ute Vogt (SPD): Mit der Enteignungsregelung?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja. Enteignungsregelung plus Veränderungssperre. Das waren die zentralen Elemente.

Ute Vogt (SPD): Okay, gut. Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Die FDP hat keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht wieder an die Linken. Bitte schön.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich würde gern noch mal zurückkommen, Herr Steinkemper, auf meine Frage von vorhin. Wir haben uns diverse Dokumente angeschaut und ausgewertet und haben festgestellt, dass 1995 noch von einer einzulagernden Menge von 1 Million Kubikmeter ausgegangen wurde und dann 96 von rund 450 000 Kubikmetern, was ja ungefähr die Hälfte ist.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Stimmt!)

Ich möchte schon noch mal wissen, wie das zustande kam und ob das vielleicht auch in irgendeinem Zusammenhang mit den Veränderungen des Erkundungsbereiches zu sehen ist.

Zeuge Hubert Steinkemper: Frau Abgeordnete, vielen Dank für die Frage. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Ich war damit nicht befasst, und ich weiß auch nicht, wie diese Berechnungen gelaufen sind. Wie diese Berechnungen auf einmal zu einem erheblich geringeren Endlagervolumen geführt haben, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich war auch dafür nicht zuständig. Insofern hat mich das auch nicht weiter interessiert.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Können Sie uns sagen, wer diese Berechnungen angestellt hat?

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, ich könnte jetzt eine Vermutung äußern. Die kann stimmen, kann auch nicht stimmen. Es gab ja - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): In wessen Zuständigkeitsbereich wäre es denn dann gefallen, wenn Sie nicht zuständig waren?

Zeuge Hubert Steinkemper: RS III, Entsorgung, und zwar die Unterabteilung von Herrn Dr. Matting. Da gab es ja ein speziell für Endlagerung fachlich zuständiges Referat. Wenn ich mich recht entsinne, war das

damals das Referat - so nannte es sich - RS III 6. Der Referatsleiter war Herr Dr. Bloser. Wenn Sie im Geschäftsverteilungsplan - - Ich habe mir den diese Tage noch mal besorgt, um mich zu erinnern: Wie waren denn die Verteilungen da genau? Man kann sich ja in der Erinnerung auch täuschen. Aber die Erinnerung hat sich bestätigt. Da steht unter anderem als Zuständigkeit: „Erkundungsbergwerk“ oder „Erkundungsprojekt Gorleben“. Und die haben natürlich - - Ich vermute mal - oder ich gehe davon aus -, dass die Berechnungen nicht im Referat selber von den Referenten vorgenommen worden sind - oder nicht ausschließlich selber -, sondern auf entsprechender Zuarbeit beruhen. Aber wer jetzt die Zuarbeit geleistet hat, da müsste ich spekulieren. Das möchte ich nicht.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Herr Steinkemper, ich habe eine Frage im Bereich der Privatisierung der Endlagerung. Können Sie mir zu dem Fachbereich überhaupt was sagen - dann würde ich weiterfragen - oder - -

(Zuruf von der CDU/CSU: Der
Untersuchungsauftrag!)

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja, es wird jetzt leider etwas - - Ich muss mich leider etwas wiederholen. Wiederum Stichwort: „Privatisierung von Endlagerung“. Ich habe das natürlich aus der Ferne mitbekommen, dass da alle möglichen Überlegungen angestellt wurden bei den zuständigen Kollegen. Aber befasst war ich damit nicht, und ich habe auch da nicht Einfluss genommen oder darauf eingewirkt oder irgendwelche Beiträge geleistet.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ja. - Im Bereich des Kooperationsvertrags, der ja 1996 eben verändert werden sollte, war ja eine Frage in Bezug auf die - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Wenn ich nachfrage, kriege ich
sofort wieder Haue!)

- Bitte?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Möller, es gibt gerade die Frage: Was meinen Sie mit „Privatisierung“? Also, inwiefern ist der Untersuchungsauftrag da betroffen? Einfach nur eine Konkretisierung Ihrerseits, bitte.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Es ging um die Betreiberfrage; aber egal. Also, die Frage ist ja auch abgehakt. Der Zeuge konnte ja nichts dazu sagen.

Mir geht es da noch mal um die Gewinngarantie, die meines Wissens die EVU etwas verändert haben wollten 1996.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Wenn es die gibt!)

Zeuge Hubert Steinkemper: Auch dazu muss ich meine Antwort leider - in Anführungsstrichen - wiederholen: Ich war mit dem Bereich nicht befasst und habe darauf auch nicht eingewirkt. Dazu kann ich Ihnen nichts Weiteres sagen.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Herr Steinkemper, dann danke ich Ihnen für Ihre Ausführungen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Damit haben die Grünen wieder das Frage-recht. Bitte schön.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Es gibt keine Fragepflicht, Frau Steiner!)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die eine oder andere kleine Frage hätten wir aber noch.

Herr Steinkemper, Sie haben ja am Anfang selbst ausgeführt - und das wissen wir auch -, dass in Ihrem Verantwortungsbereich der Bau oder die Planung für den EPR lag. Das ist ja unbestritten; das haben Sie auch erklärt. Jetzt ist in diesem Strategiepapier oder wie immer man es nennt - - Ich sage gleich: Seite 7; die MAT-Nummer muss ich ja nicht mehr angeben.

Zeuge Hubert Steinkemper: Sie meinen das Papier, was ich lesen durfte?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das, was Sie haben, was Sie jetzt ja durchgelesen haben. - Aber unabhängig davon, ob Sie sich jetzt daran erinnern können, wer es geschrieben hat oder nicht, stellen wir mal fest: Da ist eine ganze Seite zum EPR, die sehr kenntnisreich auch die französische Position darstellt, die Anforderungen der deutschen EVU und unter welchen Bedingungen die deutschen EVU sich beteiligen würden etc. Es ist also sehr kennt-

nisreich und durchaus dem damaligen Stand entsprechend. Haben Sie eine Vermutung, wer außer Ihnen so viele Kenntnisse hatte, um diese Passage zu schreiben?

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, erst mal habe ich keine Vermutung, wer das geschrieben hat, um bei dem Kern der Frage anzufangen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich ja nicht gefragt, sondern wer so viele Kenntnisse hatte.

Zeuge Hubert Steinkemper: Stopp! - Und wenn ich da jetzt mal nicht ganz ernst gemeint antworten würde, würde ich sagen: Ich kenne unheimlich viele, die viel mehr Ahnung davon hatten als ich, Stichwort: deutsch-französische Zusammenarbeit. Wer arbeitet bei welchem Hersteller, mit welchem Hersteller in Frankreich zusammen? Welche Zusammenarbeit gibt es zwischen Sachverständigengremien, die sich damit befassen? Also, ich kann da keine Vermutung anstellen. Aber es gibt sicherlich eine Reihe von Personen - das könnte ich mir vorstellen -, die sich mit dem Projekt befasst haben und von daher natürlich wesentlich bessere Kenntnisse bzw. diese Kenntnisse sicherlich gehabt haben.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meinte natürlich: im BMU.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ach so, Sie meinten: im BMU.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf zielte meine Frage: Wer außer Ihnen im BMU hatte noch weitere Kenntnisse?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ach so, okay.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kann ja gut sein, dass Sie noch einen Fachmann an Ihrer Seite hatten, -

Zeuge Hubert Steinkemper: Nein, nein.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - der noch viel mehr Ahnung hatte als Sie.

Zeuge Hubert Steinkemper: Dann hatte ich die Frage missverstanden. Ich hatte sie weiter gefasst verstanden, nach dem Motto: Wo kann das denn herkommen? - Also, wer das im BMU in meinem Bereich geschrieben haben könnte, ist mir unerfindlich. Insofern ist die Frage, die Sie gestellt haben, berechtigt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bringt mich auch einfach darauf, weil auf dieser Seite 7 sich eben genau der Bezug findet, den Sie selbst gerade in der Einleitung hergestellt haben, wo es dann um die Position der deutschen EVU geht, die sich über die Kosten Gedanken gemacht haben und über die Rentabilität dieses Projekts und den Bedarf an Grundlastkraftwerken. Ähnliches hatten Sie ja auch selbst ausgeführt. Von daher liegt die Frage natürlich nahe: Wenn Sie das nicht verfasst haben, wer könnte denn auf dieser Basis - - Und ich hatte gefragt: Wer könnte die Kenntnisse gehabt haben? Aber dann stellen wir mal fest: Sie erinnern sich nicht an dieses Papier, wissen aber auch nicht, wer außer Ihnen noch so viel Ahnung in diesen Abteilungen, in den fraglichen, hatte, um das schreiben zu können. Aber es ist ein Papier aus dem BMU.

Zeuge Hubert Steinkemper: Jedenfalls lässt es den Aussteller ... (akustisch unverständlich)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine andere Frage dazu. Da ist ja dann auch stellenweise die Rede davon - - Moment, ich suche gerade die Seite. - Es wird dann davon gesprochen, dass die Gegenseite - - Also, es wird die Situation umrissen, und dann wird argumentiert, die Gegenseite könnte sich darauf einstellen und die Gegenseite könnte daraus ja bestimmte Forderungen ableiten. Und da ich jetzt ja das Papier auch studiert habe - so wie Sie noch mal extra vorher -, ist mir unklar: Können Sie mir erklären, wer da mit „Gegenseite“ von einem Papier aus dem BMU gemeint sein könnte? Die EVU? Die Atomkraftgegner?

Zeuge Hubert Steinkemper: Wo lesen Sie das?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf Seite 3 steht das. Da ist eine Passage 1.2:

Eine Beschränkung der Laufzeit der bestehenden Anlagen

- darüber hatten Sie ja auch gerade gesprochen -

bedeutet Erfüllung eines zentralen Verhandlungsziels der Gegenseite, an dem sie, um ihrem Ausstiegsziel näher zu kommen, am meisten interessiert ist.

Wer könnte damit gemeint sein, wenn Sie sich jetzt zurückerinnern? Weil, da haben Sie ja im BMU sicher bestimmte Sprachregelungen schon oft benutzt.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, da brauche ich mich gar nicht zurückzuerinnern. Wenn Sie das Papier lesen - - Da steht unter 1.1: SPD, ausstiegsorientiert, mit der SPD versucht man sich zu einigen. - Und dann kommt unter 1.2: Laufzeiten. - Und dann steht da: die Gegenseite. Wenn wir den Weg so gehen, machen die da nicht mit. - Das kann an sich nur die SPD sein. Also, das ist meine Vermutung jetzt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber war das denn der normale Sprachgebrauch, dass man die Gegner, die Kritiker, die eine andere Position eingenommen haben, immer dann mehrfach als „die Gegenseite“ titulierte? War das so üblich damals in diesen Abteilungen?

Zeuge Hubert Steinkemper: Erstens kann ich mich nicht erinnern, dass es üblich ist, regelmäßig von „Gegenseite“ oder sonst was geredet zu haben. Und zweitens: Wie das zustande gekommen ist? Ich weiß es nicht.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, irgendeinen Rückschluss auf die Frontenstellung oder die Zuordnung im BMU kann man daraus, glaube ich, schon schließen.

Jetzt hätte ich noch eine dritte Frage, auch um dieses Papier und die Intention einfach besser zu verstehen. Da wird ja auf Seite 16/17, wo es darum geht in der Zusammenfassung - -

Im Bereich der Kernkraftwerke erscheint ein Konsens ausgeschlos-

sen, wenn die SPD nicht bereit ist, ... für Neubauten von ihrer starren Haltung abzugehen.

Weiter hinten heißt es - ganz unten bis zur nächsten Seite -:

Ohne Sicherung und Realisierung einer konkreten Option für künftige KKW wäre aber das Zugeständnis von Laufzeitbegrenzungen fatal, weil wir praktisch zum Ausstiegsland würden.

Nachdem ich Ihnen vorhin bei Ihrer Position genau zugehört habe, finde ich: Das entspricht eigentlich genau dem, was Sie selbst als Ihre eigene Position vorhin vorgetragen haben. Habe ich das richtig gehört?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich denke, Sie haben es nicht ganz richtig gehört. Ich hatte ja vorhin schon mal ausgeführt, dass ich persönlich immer von Laufzeitbegrenzungen - und zwar ambitionierten im Sinne von „nicht zu lang“, sondern „eher kurz“ - ausgegangen war und dass ich das nicht in einen Zusammenhang gestellt hatte mit der Frage: Option, ja oder nein?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kann ich einen so großen Unterschied nicht erkennen. Also, Sie merken, ich frage ja: Inwieweit weicht Ihre Position von diesen des Papiers ab? Und wir können uns ja dann unsere Gedanken machen.

Ich übergebe mal das Fragerecht an meine Kollegin.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Ihre Zeit ist abgelaufen! Pech gehabt!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann fragen wir jetzt noch einmal herum, ob vielleicht die anderen Fraktionen noch eine Frage haben. Die CDU/CSU?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte der Kollegin Vogt ausdrücklich bestätigen, dass ihre Aussage über den Google-Vermerk zutreffend war; wir haben das überprüft. Es wäre vielleicht klüger gewesen, Frau Kollegin Vogt, Sie hätten sich so verhalten wie der Zeuge heute und hätten einfach in der Situation gesagt: Ich kann mich nicht erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Mein lieber Herr Kollege Grindel, so wohlwollend diese Aussage auch gewesen sein mag - mit dem Untersuchungsauftrag hat sie nun überhaupt nichts zu tun. Vielleicht treffen Sie sich beide mal zu einem Bier. Das wäre ohnehin eine schöne Sache.

(Heiterkeit)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, ich möchte das nicht wie Herr Oettinger bis nachts um eins treiben wollen; auch das war Gegenstand des Artikels. Ich finde es aber schön, dass solche Schmonzetten - - wenn irgendwann mal Historiker sich über diese Protokolle hermachen,

(Ute Vogt (SPD): Genau! Die freuen sich dann!)

sie auch solche kleinen Aufgaben gestellt bekommen, herauszufinden, was sich dahinter verbirgt.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt haben wir aber genügend Freundlichkeiten an die Historiker verteilt und würden uns wieder unserem Untersuchungsauftrag zuwenden. Insofern frage ich Sie jetzt, ob Sie denn weitere Fragen im Rahmen desselbigen haben?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darüber hinausgehend dann nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Darüber hinausgehend keine weiteren Fragen; prima. - Dann jetzt Frau Vogt oder die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Nein. Wir haben auch keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben auch keine weiteren Fragen mehr. - Dann geht das Fragerecht an die FDP.

Marco Buschmann (FDP): Wir wollen auch zu der Schmonzette nichts weiter beitragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine Schmonzetten von der FDP-Fraktion; das nehmen wir auch zu Protokoll. - Jetzt frage ich die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wir haben auch keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die haben auch keine weiteren Beiträge mehr, weder in die eine noch die andere Richtung. - Jetzt ist das Fragerecht wieder bei den Grünen. Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch eine Frage, noch mal zu diesem Positionspapier. Also, da steht ja „BMU“ drauf, und es hat auch den Weg ins Bundeswirtschaftsministerium gefunden; denn daher haben wir es ja. Also ist es durchaus ein Papier, was jetzt nicht in die Schublade gesteckt wurde, sondern was einen Kreis gezogen hat. Und wer immer es jetzt geschrieben hat - - Oder: Mehrere müssen es ja geschrieben haben, weil es ist ja wirklich alles: Kernkraftwerke, Neubau von Kernkraftwerken, Entsorgung, Zwischenlager, Endlager, auch eine Abteilung „Internationale Zusammenarbeit“. Das haben Sie ja vorhin als einen Ihrer Schwerpunkte genannt; aber egal. Wir forschen jetzt nicht mehr, wer das geschrieben hat.

Wer musste das denn kennen? Wer muss von einem solchen Papier, einer solch umfassenden Positionierung, 1995 im BMU geschrieben und mindestens mal ans Wirtschaftsministerium weitergeleitet, Kenntnis haben?

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, diese Frage, wenn ich sie beantworten sollte, könnte ich nur spekulativ beantworten, und ich möchte keine Spekulationen anstellen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum muss das spekulativ sein? Ich meine, Sie hatten doch klare - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Weil ich es schlicht nicht weiß.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da gibt es doch klare Hierarchien in so einem Ministerium, und wenn so ein Papier, ein Non-Paper, ans BMU, an ein anderes Ministerium geschickt wird, muss doch klar sein, auf welcher Hierarchieebene das gewusst werden muss. Das ist doch nichts Spekulatives. Das weiß man doch.

Zeuge Hubert Steinkemper: Vielleicht weiß man das; aber ich weiß es nicht. Tut mir leid.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Unterabteilungsleiter wussten Sie nicht, ob das jetzt Ihr - - auf welcher Ebene so etwas - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Nein.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie es nicht wussten, wo das - - Ich meine, das müssen ja verschiedene Referenten geschrieben haben; so läuft das ja üblicherweise, nicht?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich weiß es nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und unabhängig von diesem Papier wissen Sie nicht, wer so etwas dann mindestens wissen muss?

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, ich möchte Ihnen mal eines vor Augen führen: Wir reden über ein Papier, was älter ist als 17 Jahre.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber es geht mir gerade um ganz normale Regeln.

Zeuge Hubert Steinkemper: Und jetzt fragen Sie mich, wer das damals im BMU hätte kennen müssen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Das habe ich Sie nicht gefragt, Herr Steinkemper, -

Zeuge Hubert Steinkemper: Doch.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern wer so etwas - - Weil so etwas wird öfters geschrieben, und da gibt es ganz klare Abläufe. Das ist nichts Spekulatives und nichts, was plötzlich irgendjemandem einfällt, wie man das diesmal so macht, sondern solche Dinge haben ihre Abläufe, und da sind bestimmte Personen, die dafür auch verantwortlich zeichnen; die müssen das gesehen haben. Danach frage ich Sie. Das ist weder Spekulation noch et-

was, was nur einmal passiert ist. Aber Sie wissen das nicht?

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, ich könnte darüber nur spekulieren.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kann ich Ihnen - -

Zeuge Hubert Steinkemper: Es gibt Papiere, die nur die Abteilung kennt oder die in der Abteilung bekannt sind. Es gibt Papiere, die auch andere Abteilungen kennen. Es gibt Papiere, die - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Auch“, genau. Aber der Abteilung sind sie bekannt, haben Sie gesagt.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich sage: Das ist nicht zwingend, wohlgemerkt. Es gibt auch Papiere, die das Signum „BMU“ tragen, wo - - Wie gesagt, das betrifft jetzt - - Ich rede jetzt nicht von diesem Papier, -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich auch nicht.

Zeuge Hubert Steinkemper: - sondern Sie haben mich ja generell gefragt: -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja; genau.

Zeuge Hubert Steinkemper: - Wie ist Ihre Einschätzung? Wer muss unter welchen Umständen welche Art von Papieren kennen? Und da sage ich Ihnen nur aus meiner über 30-jährigen Erfahrung: Die Wege sind unterschiedlich. Es gibt Situationen, wo ein Papier - ich sage jetzt nicht, dass das hier so gewesen ist; aber Sie fragen mich ja generell - die Hausnummer eines bestimmten Ministeriums trägt, was überhaupt nicht im Ministerium geschrieben ist; das gibt es auch. Es gibt sogar Gesetzentwürfe, die woanders geschrieben wurden, nicht in meiner Abteilung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Danach klingt es jetzt nun nicht gerade, als wäre es nicht im BMU geschrieben worden.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich behaupte das ja nun nicht. Aber ich sage: Ich beteilige mich nicht an Spekulationen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich konzidiere zum Abschluss, dass Sie den Rat des Herrn Grindel sehr befolgen, und gebe noch mal an meine Kollegin.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Was soll denn das jetzt heißen?)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne genau da noch mal weiterfragen, weil ich meine: Es hört sich alles schon ein bisschen märchenhaft an, und wir wollen ja schon mal der Wahrheit auf den Grund gehen.

Ich habe jetzt erst einmal behalten, dass Sie gesagt haben: Ich war auf keinen Fall der Autor des Papiers. - Oder haben Sie gesagt: „Ich schließe es auch nicht aus“?

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich wiederhole mich gern.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau; das brauchen wir jetzt schon genauer.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja. - Sie legen mir heute ein Papier vor, was 17 Jahre alt ist, -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hubert Steinkemper: - und sagen: Lesen Sie es doch mal gerade durch, und sagen Sie uns dann, ob Sie Mitverfasser sind, ja oder nein. - Daraufhin wiederhole ich meine Antwort, die ich vor einiger Zeit schon gegeben habe - aber es ist wichtig, und das tue ich auch gerne -: -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hubert Steinkemper: - An verschiedenen Passagen, die ich Ihnen beispielhaft genannt habe, komme ich zu dem Ergebnis, dass vieles oder alles dafür spricht, dass ich nicht Mitverfasser war. Ob ich das gekannt habe oder nicht? Es liegt nahe, dass

ich es gekannt haben muss. Es wäre seltsam - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das, Herr Steinkemper, wäre meine nächste Frage gewesen.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja, gut. - Aber - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte Sie gefragt: Kannten Sie das?

Zeuge Hubert Steinkemper: Aber ich kann mich nicht daran erinnern. Tut mir leid.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie gehen in die Formulierung: Es liegt nahe, dass ich es kannte.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja. Unter normalen Umständen hätte ich es kennen müssen; klar. Aber, wie gesagt: Es ist 17 Jahre her. Tut mir leid: Ich weiß es nicht konkret.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ganz genau. Aber Sie erinnern sich sicher noch, welche Kollegen und welche Untergebenen und auch welche Chefs Sie hatten. Und jetzt frage ich Sie: Wenn wir uns dieses Papier angucken, was ja in einem Ministerium geschrieben worden ist -

Zeuge Hubert Steinkemper: Das wissen wir doch gar nicht.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - von wem auch immer, wenn da steht: BMU -, aber aufgefunden wurde in einer Akte des BMWi - da habe ich mich doch richtig erinnert -: Wem ist so ein Papier im BMU in der Regel nach Ihren Erfahrungen zur Kenntnis gelangt? Der Chefetage? Den Untergebenen? Den Kollegen? Der Ministerin?

Zeuge Hubert Steinkemper: Entschuldigung. Die Frage habe ich doch vor fünf Minuten ausführlich beantwortet, und ich verweise auf diese Antwort.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich würde ja nicht fragen,

wenn ich Ihre Antwort dazu so aussagekräftig gefunden hätte. Den Gefallen müssen Sie mir schon mal tun.

Zeuge Hubert Steinkemper: Entschuldigung. Ob Ihnen die Antwort gefällt - - Ich kann nur das antworten, was - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber ich würde Sie bitten, Herr Steinkemper: Beantworten Sie die Frage einfach noch mal nach bestem Wissen und Gewissen. Vielleicht ist sie der Frau Kollegin nicht mehr präsent.

Zeuge Hubert Steinkemper: Gut, selbstverständlich; das mache ich gerne. - Ich habe gesagt: Ich beteilige mich nicht an Spekulationen. - Vorhin war die Frage: Wer musste dieses Papier kennen? Ich kann mich nicht beteiligen an Spekulationen. Ich hatte Ihnen auch genannt, dass es manchmal Wege gibt, die gesonderte Wege sind. Manchmal kommen Papiere von außerhalb des Hauses, wie auch immer. Manche Papiere - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier ist keine Märchenstunde. Wenn „BMU“ draufsteht, muss man nicht sagen, Herr Zeuge: Manchmal kommen Papiere von außen. - Wenn Sie sich dieses Inhaltsverzeichnis oder das Vorblatt angucken, von der Bedeutung - über Kernkraftwerke, Neubau von Kernkraftwerken, Zwischenlager, Endlager, internationale Zusammenarbeit -, klappert das ja durchaus programmatisch alle Bereiche ab, die Ihre Abteilung und andere Abteilungen zusammen zum Thema „Kernkraftwerke und AKW“ und anderen Fragen bearbeitet haben. Von daher ist es wohl kaum möglich, zu behaupten, so ein Papier sei uns von außen zugeflogen, und daher ist es auch äußerst unwahrscheinlich, dass Sie oder andere keine Kenntnis haben, dass es da ein Non-Paper gibt, was keiner kennt, keiner gelesen hat. Aber es schwirrt irgendwie herum und gelangt irgendwie in die Akten des Wirtschaftsministeriums.

Meine Frage war konkret gewesen: Wer konnte - ich habe nicht gesagt „wer kannte“, sondern „wer konnte“ - das Papier kennen? Und jetzt erweitere ich die Frage: War das nicht auch ein Papier, was eigentlich der Umweltministerin zur Vorbereitung bestimmter Sitzungen dienen konnte?

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, ich lege schon Wert darauf, dass Sie, wenn Sie meine Aussage zusammenfassen oder wiederholen, so die Zusammenfassung nehmen, dass ich meine Aussage wiedererkenne.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe überhaupt nicht Ihre Aussage zusammengefasst.

Zeuge Hubert Steinkemper: Doch.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das Umfeld meiner Frage erläutert und hätte bitte auf diese letzte Frage eine Antwort.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja. Die kriegen Sie gleich. - Der erste Punkt ist: Ich habe nicht behauptet, dass dieses Papier von irgendeiner auswärtigen Stelle geschrieben worden ist, keineswegs. Ich habe aber - - Sie haben mich gefragt: Wie entstehen solche Papiere, und wer muss sie kennen? Da kann ich Ihnen nur sagen: Ich möchte nicht spekulieren. Ich weiß es nicht. Ich weiß doch selber nicht, ob ich das damals kannte. Ich nehme an, dass ich es kannte. Aber objektiv, konkret die Erinnerung: „Aha, das ist das Papier von damals“ habe ich leider nicht. Tut mir leid.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ihre Fragezeit ist aber im Moment, liebe Frau Kollegin - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage war anders gestellt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber Ihre Fragezeit ist jetzt abgelaufen. Wir machen noch mal eine Runde.

Ich gucke zur Union. - Die Union schüttelt den Kopf. - Die SPD hat eine Frage.

Ute Vogt (SPD): Eine kleine Frage: Sie erinnern sich aber an den heutigen Abteilungsleiter Herrn Hennenhöfer?

Zeuge Hubert Steinkemper: Den sehe ich öfter, ja.

Ute Vogt (SPD): Genau; davon gehe ich aus. - Entspricht das Papier dem Sprachduktus, den der Kollege Hennenhöfer pflegt?

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, Frau Abgeordnete, ich bin Jurist und kein Germanist oder Sprachforscher. Darüber möchte ich nicht spekulieren.

Ute Vogt (SPD): Sie sollen nicht spekulieren. Aber er neigt ja zu einer offenen Sprache.

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten.

Ute Vogt (SPD): Finden Sie keine Ähnlichkeit, oder können Sie nicht sagen, ob Sie da Ähnlichkeiten sehen?

Zeuge Hubert Steinkemper: Also, Sie fragen mich doch: War das der Hennenhöfer?

Ute Vogt (SPD): Genau.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ich weiß es nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen, -

Ute Vogt (SPD): Okay, alles klar.

Zeuge Hubert Steinkemper: - wenn ich die Frage richtig verstanden habe.

Ute Vogt (SPD): Hätte ja sein können.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Die nächste Frage ist bei der FDP.

Marco Buschmann (FDP): Nur einmal ganz kurz, weil hinterher viel interpretiert wird. Sie hatten zu Recht die Frage gestellt, ob man sich hinterher als Zeuge in dem, wie man zusammengefasst wird, noch wiederfinden kann. Ich versuche jetzt auch eine Zusammenfassung, und Sie können die bestätigen oder korrigieren: Sie können keine Aussage darüber machen, wer konkret die Verfasser sind. Sie können keine konkrete Aussage dazu machen, wer das gesehen, abgezeichnet, gebilligt - oder wie auch immer - hat. Und: Sie selber gehen zwar davon aus, dass es wahrscheinlich ist, dass es über Ihren Schreibtisch ging; aber ob Sie es sel-

ber wirklich gesehen haben, wissen Sie auch nicht.

Zeuge Hubert Steinkemper: Ja. Das ist genau richtig zusammengefasst. Also, ich kann nicht bestätigen, dass ich es gesehen habe; aber es ist wahrscheinlich, klar.

Marco Buschmann (FDP): Wunderbar.

Zeuge Hubert Steinkemper: Aber genau das habe ich zum Ausdruck bringen wollen, was Sie gerade gesagt haben.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Dafür braucht der Herr Buschmann eine halbe Minute! - Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Hat die FDP weitere Fragen? - Keine weiteren Fragen. Dann ist das Fragerecht jetzt wieder bei den Linken. - Keine weiteren Fragen. Und jetzt bei den Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich überlege ernsthaft, ob wir hier Herrn Zeugen Steinkemper unter Eid aussagen lassen, ob er an dem Papier beteiligt war oder nicht; denn das ist ein völlig unernsthafter Umgang mit den Fragen. Ich hatte Ihnen gerade eine Frage gestellt. Ich habe mich bezogen auf den Inhalt des Papiers, der quasi die Grundlagen für ein Arbeitsprogramm darstellt, die sich im Übrigen - das lässt sich belegen - auch dann in verschiedenen Schritten des Umweltministeriums wiederfinden, was also nicht erlaubt, es lächerlich zu machen und die Behauptung aufzustellen, man habe von so einem Papier nichts gehört, man kenne das Papier nicht, man hätte es mit Sicherheit auch selbst nicht geschrieben, aber man kann sich auf jeden Fall nicht erinnern. Das ist eine sehr - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Kollegin Steiner, -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war die Vorrede zu meiner Frage.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - ich war hier die ganze Zeit im Raum, habe deshalb verstanden, was der Zeuge sagt. Außerdem ist es wörtlich protokolliert. Wir können

das nachlesen. Er hat mit Sicherheit nie gesagt, dass er mit großer Sicherheit das Papier nicht geschrieben habe, sondern er hat gesagt, er kann sich nicht daran erinnern. Er hat einige Passagen zitiert, wo er gesagt hat, das habe er sicherlich so nie sagen können, hat das aber für die Gänze des Papiers nie so gesagt. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, dass der Zeuge irgendjemandes Fragen nicht ernst nimmt und sie gar der Lächerlichkeit preisgibt. Ich möchte das nur hier so feststellen und würde Sie bitten, in Ihrer Befragung fortzufahren. Der Zeuge wird antworten, und zwar das, was er kann. Ich habe ihn darauf hingewiesen, dass er verpflichtet ist, die Wahrheit auszusagen. - Bitte schön.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht hat mich auch die Frageart des Kollegen Buschmann dazu verleitet. Das „mit Sicherheit“ muss ich streichen; da haben Sie recht.

(Marco Buschmann (FDP):
Noch sachlicher geht es nicht!)

Alles andere, glaube ich, lasse ich bestehen.

Meine Frage war ja - ich muss die Vorrede noch mal wiederholen -: Wenn man sich die Gewichtigkeit dieses Papiers und der verschiedenen Punkte, die ich jetzt nicht mehr vorlese, anguckt, die ja ein Arbeitsprogramm für die Zeit darstellten, darstellen konnten, sich auch zu Teilen dann in Entscheidungen des BMU wiedergefunden haben, kann man davon ausgehen, dass die Spitze des Hauses solche Überlegungen kennen musste?

Zeuge Hubert Steinkemper: Die Frage kann ich Ihnen schlicht nicht beantworten, weil ich nicht weiß, welches Stadium dieses Papier auf welcher Ebene überhaupt gehabt hat. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will das nicht weiter kommentieren. Das mache ich dann lieber anderweitig.

(Zurufe von der CDU/CSU:
Gute Entscheidung! - Hoffentlich auf fachlicher Ebene!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben Sie denn noch weitere Fragen? Keine

Kommentare, sondern Fragen? - Nein, keine weiteren Fragen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich hätte nur noch Kommentare loswerden können und frage nicht weiter.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, prima. Das machen wir dann an anderer Stelle. - Gibt es denn aus der Runde noch weitere Fragen? - Wenn das nicht der Fall ist, dann bedanke ich mich sehr herzlich und darf die Vernehmung formal abschließen.

Das Sekretariat, Herr Steinkemper, wird Ihnen das Protokoll übersenden. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. Haben Sie dazu weitere Fragen?

Zeuge Hubert Steinkemper: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann bedanke ich mich sehr, sehr herzlich bei Ihnen und auch bei den Stenografinnen und Stenografen, wünsche allgemein einen schönen Abend und hoffe auf entsprechenden Erfolg unserer Fußballmannschaft. Danke schön!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 18.38 Uhr)